

Wochenbericht

Herbstgrundlinien 2009: Leichte Erholung im nächsten Jahr

Seite **716**

Von Christian Dreger, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke,
Roberta Colavecchio, Burcu Erdogan, Stefan Kooths, Vladimir Kuzin,
Dorothea Lucke, Charlotte Senftleben und Sebastian Weber

Weltwirtschaft: Erholung auf wackeligem Fundament

Seite **716**

„Die Weltwirtschaft holt wieder auf“

Seite **717**

Sieben Fragen an Stefan Kooths

Deutschland: Nur langsam aus der Talsohle

Seite **721**

Geldpolitik und Finanzmärkte: Kreditklemme vorbeugen

Seite **730**

Finanzpolitik: Einnahmen steigern und Ausgaben kürzen

Seite **733**

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland**

Seite **735**

Google-Arbeitsmarkt-Indikator Oktober 2009

Seite **741**

„Der Fall China: Hat exportieren Zukunft?“

Seite **742**

Kommentar von Klaus F. Zimmermann

Herbstgrundlinien 2009: Leichte Erholung im nächsten Jahr

Weltwirtschaft: Erholung auf wackeligem Fundament

Christian Dreger
cdreger@diw.de
Kerstin Bernoth
Franziska Bremus
Karl Brenke
Roberta Colavecchio
Burcu Erdogan
Stefan Kooths
Vladimir Kuzin
Dorothea Lucke
Charlotte Senftleben
Sebastian Weber

Nach dem scharfen Einbruch mehren sich inzwischen die Anzeichen für eine Erholung der Weltwirtschaft. Dazu hat die expansive Wirtschaftspolitik der letzten Monate entscheidend beigetragen. Die wichtigsten Konjunkturindikatoren deuten auf eine Stabilisierung hin, auch wenn die zuletzt positive Entwicklung über die verschiedenen Länder und Märkte hinweg sehr unterschiedlich verläuft.

Der Abwärtsdruck, der im Zuge der Finanzkrise vor allem die weltweite Investitionstätigkeit erfasst hatte, lässt allmählich nach. Dies zeigt sich unter anderem am leichten Wiederanziehen des Welthandels (Abbildung 1). Darüber hinaus hat der kräftige Rückgang der Rohstoffpreise zwischenzeitlich positive Wachstumsimpulse in den Industrieländern gesetzt. Allerdings ist

die konjunkturelle Erholung noch nicht gefestigt (Kasten 1). So ist die endgültige Bodenbildung auf wichtigen Immobilienmärkten noch nicht abgeschlossen. Auch das Finanzsystem ist trotz der staatlichen Rettungsmaßnahmen nach wie vor angeschlagen; weitere krisenbedingte Wertberichtigungen sind nicht auszuschließen.

Zudem wird die Erholung der Weltwirtschaft durch Faktoren begünstigt, die nur temporär wirken. Dazu zählen insbesondere die expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen. Die Konjunkturprogramme haben die öffentliche Verschuldung in vielen Ländern kräftig erhöht. Daraus resultiert mittelfristig ein erhöhter Konsolidierungsbedarf. Bei einem abrupten Ausstieg aus der expansiven Wirtschaftspolitik wäre indes das Risiko eines konjunkturellen Rückschlags hoch. Ein weiterer Grund zur Sorge besteht in der Intensivierung protektionistischer Maßnahmen.¹ Ein zügiger Abschluss der Doha-Runde würde nicht nur zu einem Abbau von Zöllen und Subventionen führen, sondern auch ein klares Signal senden, dass Abschottung keine Lösung der Krise ist.

Kräftiger Aufschwung in den asiatischen Schwellenländern

In den großen asiatischen Schwellenländern gewinnt die Wirtschaft wieder mehr an Schwung. Dies gilt insbesondere für China, dessen Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um rund

Abbildung 1

Welthandel
Index 2000 = 100



Quelle: CPB, Den Haag.

DIW Berlin 2009

¹ Vgl. Erber, G., Thießen, U.: Gefahr für den Welthandel: Protektionismus durch institutionelle Reformen stoppen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 14/2009.

Sieben Fragen an Stefan Kooths

„Die Weltwirtschaft holt wieder auf“

Herr Dr. Kooths, die Weltwirtschaft zeigt erste Zeichen einer Erholung. Ist das Schlimmste überstanden?

Was die Produktionsrückgänge angeht, ist sicherlich das Schlimmste überstanden. Die Wachstumsraten jedoch sind insbesondere in den westlichen Industrieländern noch sehr moderat und noch nicht stabil. Aber die Weltwirtschaft holt im nächsten Jahr im Großen und Ganzen wieder auf. Die Wirtschaft in China beispielsweise wird stark expandieren und zu alten Wachstumsraten zurückfinden. Im Euroraum jedoch bleibt das Wachstum verhalten. Die deutsche Industrie muss sich also umorientieren und stärker nach Asien expandieren, wenn sie am Wiederanstieg der Weltwirtschaft teilhaben will.

Wann kann die deutsche Wirtschaft wieder mit spürbarem Wachstum rechnen?

Ein spürbares Wachstum ist im Prognosezeitraum noch nicht in Sicht. Die deutsche Wirtschaft schrumpft in diesem Jahr um etwa fünf Prozent, und das holen wir im nächsten Jahr bei Weitem nicht auf. Wir rechnen mit Wachstumsraten von etwas über einem Prozent. Wir befinden uns also nach wie vor in einer starken Unterauslastung.

Wie ist es um die Entwicklung am Arbeitsmarkt bestellt?

Wir rechnen damit, dass wir im nächsten Jahr mehr als 600 000 Erwerbstätige weniger haben werden. Das Ventil, mit dem man bislang die größten Einbrüche im Arbeitsmarkt aufgefangen hat, waren die Arbeitszeitverkürzung, insbesondere durch den Abbau von Überstunden, das Herunterfahren von Arbeitszeitkonten und auch das Vorziehen von Urlaub. Diese Maßnahmen lassen sich nicht beliebig wiederholen.

Der private Konsum hat sich in der Krise einigmaßen gehalten. Rechnen Sie hier mit einer positiven Entwicklung?

Der private Konsum wird die wichtigste Stütze der Konjunktur im Prognosezeitraum sein. In diesem wie im nächsten Jahr rechnen wir damit, dass die privaten Verbraucher etwa ein Prozent mehr nachfragen werden als im jeweiligen Vor-

jahr. Allerdings kann das die ausgefallene Nachfrage im Export in keiner Weise ersetzen.

Wie werden sich die Verbraucherpreise entwickeln?

Die Verbraucher kommen recht glimpflich durch diese Krise. In diesem Jahr haben wir eine sehr geringe Inflation, die fast bei null liegt, im nächsten Jahr wird sie um ein Prozent liegen. Das heißt wir haben Preisstabilität, und das stützt das reale Einkommen und die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Waren die bisherigen konjunkturstützenden Maßnahmen ausreichend oder sind weitere Konjunkturprogramme nötig?

Zusätzliche Maßnahmen sollten derzeit nicht in Betracht gezogen werden, man sollte sich jetzt aber auch nicht vorschnell daraus zurückziehen. Ein großer Teil der Investitionsimpulse, die der deutsche

Staat gesetzt hat, läuft jetzt gerade erst an. Es wäre also wenig sinnvoll, jetzt schon mit einem weiteren Konjunkturprogramm zu reagieren. Zum einen haben wir den privaten Konsum bereits erfolgreich stabilisiert, dort aber, wo der Staat durch eigene Investitionen tätig werden kann, nämlich bei den Bauinvestitionen, tut er fast schon zu viel des Guten. Es wäre sinnvoller gewesen, nicht in zwei Jahren 20 Milliarden, sondern lieber in fünf Jahren jeweils vier Milliarden Euro auszugeben.

Vor welchen finanzpolitischen Herausforderungen steht die zukünftige Bundesregierung?

Der Staatshaushalt musste im Zuge der Krisenbekämpfung tief ins Defizit gefahren werden – zusätzliche Staatsschulden von 75 Milliarden in diesem und 120 Milliarden im nächsten Jahr sind die Folge. Hier sollte man jetzt aber nicht hektisch gegensteuern. Für den mittelfristig unvermeidbaren Konsolidierungsprozess bieten sich vor allem stärkere Gebühren- und Beitragslösungen an. Damit könnte auch verhindert werden, dass aus der Schuldenbremse eine staatliche Investitionsbremse wird.



Dr. Stefan Kooths,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung Konjunktur
am DIW Berlin

» Der private Konsum
wird die wichtigste
Stütze der
Konjunktur sein. «

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige In-
terview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Kasten 1

Konjunktureller Gleichlauf

Nachdem die leicht positiven Zahlen für die Zuwachsraten des deutschen Bruttolandprodukts im zweiten Quartal 2009 veröffentlicht worden sind, ist die Rede von einem Ende der schwersten Rezession der Nachkriegszeit. Betrachtet man jedoch die konjunkturelle Dynamik in den entwickelten Industrienationen in ihrer Gesamtheit, so zeigt sich, dass die Krise im zweiten Quartal noch nicht überstanden war. Diese Schlussfolgerung basiert auf den Schätzergebnissen von Markov-Switching-Mo-

dellen, mit deren Hilfe die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Wirtschaft eines Landes in der Rezession befindet, anhand der Daten des realen Bruttoinlandsprodukts berechnet werden kann. Werden diese Berechnungen für mehrere Länder durchgeführt, lässt sich ein Mittelwert der Rezessionswahrscheinlichkeiten berechnen, der einen Indikator für eine gemeinsame Rezession darstellt. Zusätzlich kann ein Maß für den konjunkturellen Gleichlauf ermittelt werden, indem die Streuung der länderspezifischen Rezessionswahrscheinlichkeiten berechnet wird. Strebt diese gegen null, liegt ein nahezu perfekter konjunktureller Gleichlauf vor. Nimmt die Streuung hingegen hohe Werte an, deutet das darauf hin, dass sich die Länder in unterschiedlichen Phasen des Konjunkturzyklus befinden.¹

Im Folgenden werden die Ergebnisse für die G7-Staaten und die wichtigsten Handelspartner Deutschlands präsentiert (Abbildung).² Unter Berücksichtigung der hier vorgelegten Wachstumsprognosen reicht der Analysezeitraum bis zum vierten Quartal 2010. Die Verläufe der Rezessionswahrscheinlichkeiten weisen große Ähnlichkeiten auf. Nachdem im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 die gemittelte Rezessionswahrscheinlichkeit fast den Wert eins bei einem nahezu vollständigen Gleichlauf annahm, kann man im zweiten Quartal eine leichte Abnahme der konjunkturellen Synchronität beobachten. Dennoch liegt der Indikator im zweiten Quartal 2009 noch so hoch wie in den Rezessionen seit 1990. Auch der ex ante Rezessionsindikator sinkt langsam, was das Bild einer nur allmählichen Erholung unterstützt.

Parallelen lassen sich zudem zwischen der nach dem Platzen der Dotcom-Blase beginnenden Rezession und dem gegenwärtigen weltweiten Abschwung erkennen. Die Dotcom-Rezession war vor allem durch eine Zunahme des konjunkturellen Gleichlaufs in der Krise gekennzeichnet – ein Phänomen, das für die früheren Rezessionen eher untypisch war. In dieser Hinsicht kann man den aktuellen Abschwung als eine überdimensionierte Version der letzten Rezession betrachten. Früher war der Gleichlauf gerade in der Rezession weniger stark ausgeprägt. Schreibt man die Parallelen zwischen den letzten beiden konjunkturellen Abschwüngen fort, so ist zu erwarten, dass auch die Erholung nach der derzeitigen Krise relativ lange dauern wird.

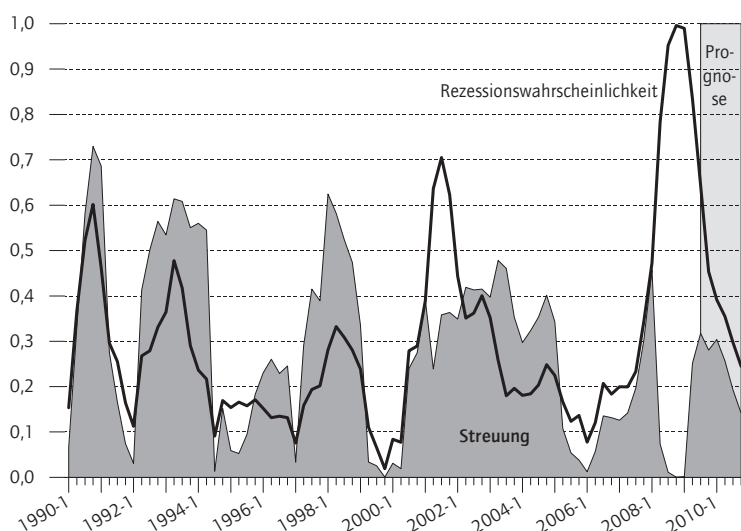
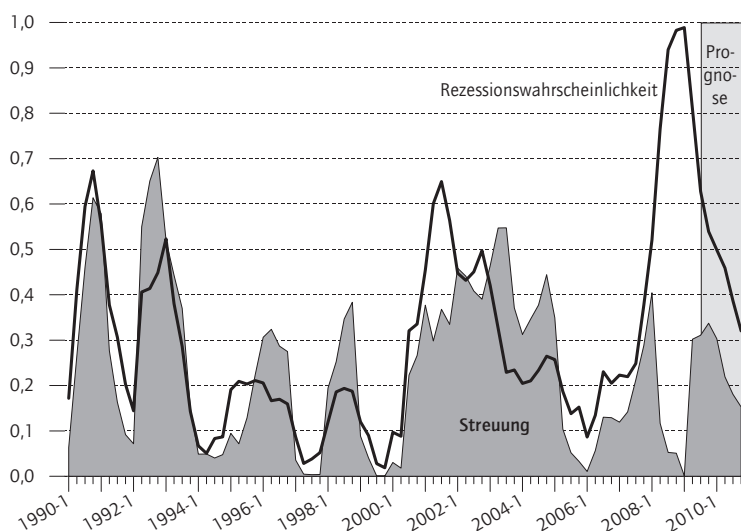
¹ Vgl. Kuzin, V., Hillebrand, M.: Nie zuvor war konjunktureller Gleichlauf im Abschwung so hoch. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 36/2009.

² Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Schweiz, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Österreich. Polen wird in der Analyse nicht berücksichtigt, da die vorliegende Zeitreihe zu kurz ist, um eine belastbare statistische Schätzung der Modellparameter zu gewährleisten.

Abbildung

Mittelwert der Rezessionswahrscheinlichkeiten

„Boom“ = 0 bis „Rezession“ = 1

der G7-Staaten**der wichtigsten Handelspartner Deutschlands**

Quellen: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

acht Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gewachsen ist – nach gut sechs Prozent im ersten Quartal. Die Frühindikatoren, wie die Auftrags-eingänge deuten zudem auf ein anhaltend hohes Wachstumstempo hin. Auch in den übrigen asiatischen Volkswirtschaften geht es insgesamt berg-auf, wenngleich in unterschiedlichem Maße.

Hauptgrund für die schnelle Erholung in Asien ist die Belebung der Binnennachfrage, die durch massive wirtschaftspolitische Maßnahmen an-gekurbelt wurde. Im Vergleich zu den Industrieländern weisen die meisten aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften solide Staatsfinanzen auf, was ihnen größeren Spielraum für expansive Fiskalpolitik gelassen hat.

Allerdings können die asiatischen Schwellenlän-der nicht auf einen kräftigen Anstieg der Nach-frage aus den Industrieländern hoffen, sodass die Exporte dorthin in nächster Zeit eher schleppend verlaufen werden.

USA: Schwacher Konsum bremst die Erholung

Nach einer Schrumpfung um 1,6 Prozent zum Jahresauftakt nahm die Wirtschaftsleistung in den USA im zweiten Quartal nur noch um 0,3 Prozent ab. Manche Konjunkturindikatoren weisen auf ein Ende der Talfahrt hin. So ist die Indus-trieproduktion im August zwar um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen, allerdings zeichnen die Stimmungsindikatoren kein klares Bild. Es spricht viel dafür, dass der private Kon-sum im Prognosezeitraum eher schwach bleiben wird. Die im Durchschnitt stark verschuldeten privaten Haushalte haben ihre Sparquote in den letzten Monaten deutlich erhöht. Dies neutralisiert einen großen Teil der konsumfördernden Effekte der staatlichen Konjunkturprogramme. Nicht zuletzt wirkt sich die erheblich verschlech-terte Arbeitsmarktlage negativ auf die finanzielle Situation der Haushalte aus.

Die Investitionstätigkeit, die noch in der ersten Jahreshälfte deutlich nachgab, wird sich auf nied-rigem Niveau stabilisieren. Im nächsten Jahr ist wegen der sich leicht aufhellenden Konjunktur wieder mit einer positiven Wachstumsrate zu rechnen.

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Entwicklung hat sich das Handelsbilanzdefizit auf inzwischen 3,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts merklich verringert. Ein weiterer Abbau ist indes nicht in Sicht, eher dürfte der Importüberschuss sogar wieder zunehmen. Insgesamt ist ein deutlicher

Aufschwung in den USA unter den aktuellen Um-ständen nicht zu erwarten.

Schwierige Ausgangslage für die neue Regierung in Japan

In Japan haben eine Verbesserung des Konsu-mentenvertrauens, eine expansive Fiskalpolitik sowie der Aufschwung in einigen anderen asia-tischen Volkswirtschaften zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung geführt. Insbesondere pro-fitiert Japan von der wiedererstarkenden Wirt-schaftsdynamik in China. Damit war das japani-sche Wachstum nach vier aufeinander folgenden Quartalen rückläufiger Produktion im zweiten Quartal 2009 mit 0,9 Prozent wieder positiv. Die Nachhaltigkeit des Aufschwungs ist jedoch noch nicht gesichert. So stieg die Industrieproduktion unter anderem durch das Wiederauffüllen der Lager. Außerdem ist ein Großteil des Wachstums auf die Konjunkturfördermaßnahmen zurück-zuführen. Der hohe Schuldenstand von über 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dürfte den Handlungsspielraum der neuen Regierung in der näheren Zukunft einengen. Des Weiteren leidet der Konsum unter der wachsenden Arbeits-lossigkeit und der schwachen Lohnentwicklung.

Osteuropa und Russland

Die Finanzkrise hat die Volkswirtschaften der neuen EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuro-pa besonders hart getroffen. Der wirtschaftliche Aufholprozess ist zum Stillstand gekommen, und vielerorts haben sich die Einkommensabstände zum EU-Durchschnitt wieder vergrößert. Dies gilt insbesondere für die baltischen Staaten, die in diesem Jahr auch aufgrund der dortigen Im-mobilienkrisen zweistellige Produktionsverluste erleiden müssen. Durch die Entwicklung ist das Wachstumsmodell der Länder, das wesentlich auf dem Zustrom ausländischer Direktinvestitionen und Auslandskrediten basiert, ernsthaft in Frage gestellt worden.² Im Zuge der Finanzkrise haben sich die Risikoprämien deutlich erhöht. Dies geht mit sinkenden Investitionen, geringerer Beschäf-tigung und einem schwächeren privaten Konsum einher. Die Spielräume der Wirtschaftspolitik sind eng begrenzt, da die Länder einen baldigen Beitritt zum Euroraum anstreben.

Eine Besserung der Konjunktur dürfte sich unter diesen Bedingungen erst einstellen, wenn sich die wirtschaftliche Dynamik bei den wichtigsten

² Vgl. Alvarez-Plata, P., Engerer, H.: Baltikum: Kein Ende der Krise in Sicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 40/2009.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

	Gewichte (BIP) in Prozent	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
		2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Euroraum ¹	17,3	2,7	0,6	-3,9	0,8	2,1	3,2	0,2	1,3	7,6	7,8	10,0	10,9
Großbritannien	3,2	2,6	0,7	-4,3	0,9	2,3	3,6	1,9	1,6	5,3	5,7	8,2	10,0
Mittel- und Osteuropa ¹	2,5	4,4	2,5	-4,1	0,8	4,3	5,5	2,9	2,5	7,6	7,5	9,5	10,5
Russland	3,2	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,2	10,1	6,1	7,8	9,0	8,8
USA	21,2	2,1	0,4	-2,5	2,0	2,9	3,8	-0,5	1,3	4,6	5,8	9,2	9,9
Japan	6,6	2,3	-0,7	-6,1	1,0	0,1	1,4	-1,2	-0,6	3,8	4,0	5,5	5,9
China	11,3	13,0	9,0	8,1	10,1	4,8	5,9	-1,1	0,0	4,0	4,2	4,9	4,6
Südkorea	1,8	5,1	2,2	-1,9	1,2	2,5	4,7	2,7	2,1	3,2	3,2	4,0	5,4
Indien	4,6	9,1	6,1	5,6	7,0	6,4	8,3	8,1	6,0	9,2	9,3	9,4	8,9
Brasilien	2,8	5,7	5,1	-0,6	3,9	3,6	5,7	4,8	4,0	9,3	7,9	8,3	8,3
Mexiko	2,1	3,3	1,4	-7,5	3,3	4,0	5,1	5,4	3,7	3,7	4,0	5,5	5,2
Weltwirtschaft ²	100,0	4,0	2,0	-2,2	2,5	3,3	5,1	1,6	2,1	7,8	8,1	9,3	9,5

¹ Gewichtete Mittelwerte (reales Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise Erwerbspersonen).

² Gewichtet mit Kaufkraftparitäten.

Quellen: 2007 und 2008 – International Monetary Fund, World Economic Outlook; EU Kommission; AMECO Datenbank; 2009 und 2010 – Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Handelspartnern erhöht. Insofern ist eine Wiederaufnahme des Wachstumskurses in hohem Maße von der Entwicklung im Euroraum abhängig. Insgesamt wird sich Mittel- und Osteuropa von der Finanzkrise wohl eher langsamer erholen als andere Regionen.

Dies gilt auch für Russland, wo der Preisverfall bei den Rohstoffen zusätzlich die Konjunktur belastet. Die Investitionsaktivitäten sinken in diesem Jahr zweistellig, und auch der Konsum hat bei steigender Arbeitslosigkeit massiv abgenommen. Bei alledem ist die Inflation kaum rückläufig, wozu auch die massive Abwertung des Rubel beigetragen hat. Eine zaghafte Erholung zeichnet sich nicht vor dem nächsten Jahr ab.

Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte das Wachstum im Euroraum wieder drosseln

Im zweiten Quartal 2009 konnte sich die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum wieder stabilisieren. Dabei lief die Entwicklung in Frankreich und Deutschland besser als im Durchschnitt. Dagegen ist die Produktion in Italien und Spanien weiter geschrumpft. Italiens fiskalische Stimulierungsmaßnahmen blieben hinter denen der anderen Mitgliedsländer weit zurück, während Spanien immer noch mit den Auswirkungen der heimischen Immobilienkrise und einer wieder kräftig anziehenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat.

Für die kommenden Monate weisen unter den Frühindikatoren insbesondere die Vertrauens-

indikatoren auf eine weitere Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivität hin. Die Stimmungsaufhellung bei den Unternehmen ist besonders wichtig, da ein Großteil des Abschwungs auf einen Einbruch der Investitionen zurückzuführen ist. Als Reaktion auf den drastischen Fall des Exportgeschäfts hatten die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit sowie ihre Lagerbestände deutlich reduziert. Aktuell mehren sich die Anzeichen für eine weitere Belebung der ausländischen Nachfrage.

Kurzfristig wird die Wirtschaft im Euroraum weiter von der Erholung der Exporte und den massiven Konjunkturpaketen profitieren. Stabilisierend wirken auch die Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems. Zudem wird die positive Entwicklung bei den Lagerbeständen vorübergehend einen Beitrag zum Wachstum leisten. Dennoch bleibt die Unsicherheit hoch und die Volatilität der in den letzten Monaten veröffentlichten Indikatoren signalisiert, dass große Vorsicht bei deren Interpretation geboten ist.

Längerfristige Risiken für die Konjunktur bestehen vor allem in einer Belastung des Konsums durch steigende Arbeitslosenzahlen. So hat in Spanien der Einbruch der Bauwirtschaft schon deutlich auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Demgegenüber wurde in Frankreich ein Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor gedämpft. Allerdings können staatliche Stützungsmaßnahmen nicht dauerhaft fortgeführt werden, sodass die Unternehmen die Arbeitsnachfrage an die Kapazitätsüberhänge anpassen werden.

Deutschland: Nur langsam aus der Talsohle

Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr um fünf Prozent unter dem Vorjahresergebnis liegen; der Rückgang ist damit schwächer als noch im Sommer befürchtet.³ Betroffen ist vor allem die industrielle Produktion. Sie ist infolge der weltweiten Investitionsstarre binnen weniger Quartale auf das Niveau von vor zehn Jahren zurückgeworfen worden.

Etwas schneller als erwartet ist der freie Fall der inländischen Wertschöpfung in der ersten Jahreshälfte gestoppt worden (Abbildung 2). Die mit dem zweiten Quartal einsetzende Aufwärtsbewegung ist allerdings noch sehr labil und lässt noch nicht auf einen Aufholprozess schließen, der die weit aufgerissene Produktionslücke rasch zu füllen vermag. So ist das leicht positive Wachstum im Frühjahr vor allem darauf zurückzuführen, dass die Einfuhren kräftiger geschrumpft sind als die Ausfuhren. Darüber hinaus hat die Abwrackprämie den privaten Konsum im ersten Halbjahr merklich belebt – ein Effekt, der im weiteren Jahresverlauf wegfällt und dann möglicherweise sogar dämpfend wirkt. Auch die Wachstumsbeschleunigung im dritten Quartal dürfte vorübergehender Natur sein und vor allem vom Lageraufbau herrühren. Die für die deutsche Volkswirtschaft in der jetzigen Situation letztlich entscheidenden außenwirtschaftlichen Impulse bleiben im Prognosezeitraum zu verhalten, als dass dadurch ein kräftiges Wiederanziehen der Produktion angestoßen würde. Für das nächste Jahr wird eine Wachstumsrate von 1,3 Prozent erwartet – ein Wert noch unter dem Durchschnitt der Vorkrisendekade. Bei dem hier unterstellten Verlauf wird am Ende des nächsten Jahres erst wieder die Wirtschaftsleistung von Anfang 2006 erreicht. Über den gesamten Prognosezeitraum bleibt eine beträchtliche Unterauslastung der deutschen Produktionskapazitäten bestehen.

Steigender Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt

Seit Beginn des Jahres trübt sich die dreijährige Schönwetterlage am Arbeitsmarkt mehr und mehr ein. Stieg die Zahl der Erwerbslosen (ILO-Abgrenzung) in jedem Monat des ersten Quartals noch um 30 000, so waren es im zweiten Quartal bereits 50 000 (Abbildung 3). Angesichts des kräftigen Produktionsrückgangs sind die Be-

schäftigungseffekte jedoch bislang moderat geblieben: Dem Produktionsminus von 5,9 Prozent (Vorjahresveränderung im zweiten Quartal) stand im selben Zeitraum ein Rückgang der Erwerbstätigkeit von weniger als einem Promille gegenüber (26 000 Stellen). Der Abbau von 140 000 Arbeitsplätzen seit Jahresbeginn zeigt aber, dass der Vorjahresvergleich trügerisch ist, auch wenn der Stellenabbau in den Sommermonaten zunächst zum Stillstand kam.

Da die Unternehmen den abrupten Nachfrageausfall bislang vor allem zu Lasten ihrer Produktivität und durch eine massive Rückführung der pro Kopf geleisteten Arbeitsstunden abzufangen suchten, erhöht sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt mit jedem Monat, in dem die Auftragslage nicht kräftig anzieht. In diesem Jahr geht der Produktionsausfall von 5,1 Prozent einher mit einem Produktivitätsrückgang von 2,3 Prozent und einer um 2,5 Prozent geringeren Arbeitszeit pro Kopf. Die Zahl der Erwerbstätigen verringert sich indes nur um 0,3 Prozent.

Die Produktivitätsverluste treiben in diesem Jahr die Lohnstückkosten um fast fünf Prozent in die Höhe und schmälern so in erheblichem Umfang die Gewinne der Unternehmen – eine Situation, die diese nicht dauerhaft hinnehmen können (Tabelle 2). Bei nur moderater Expansion der Produktion und nur geringen Überwälzungsspielräumen erhöht dies den Anpassungsbedarf beim Arbeitsvolumen.

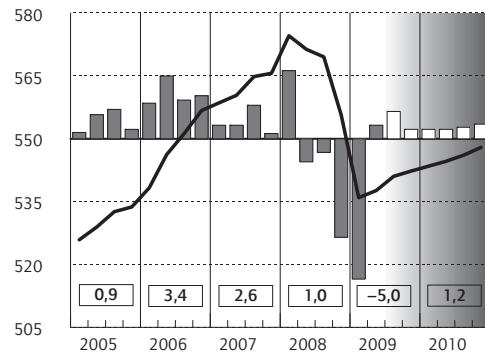
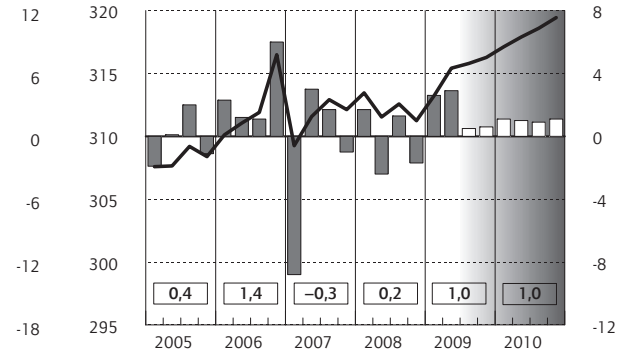
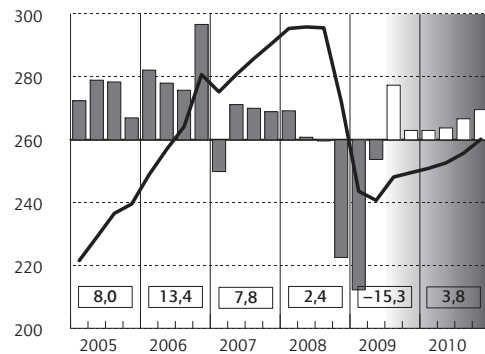
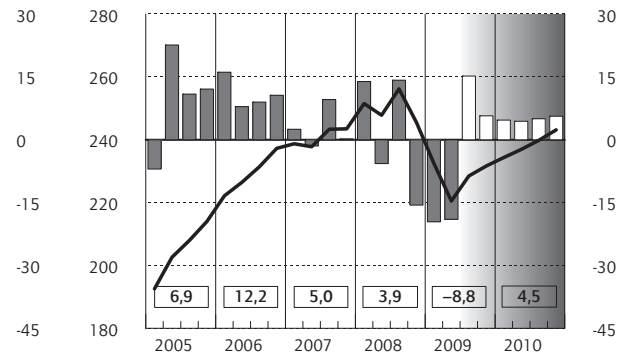
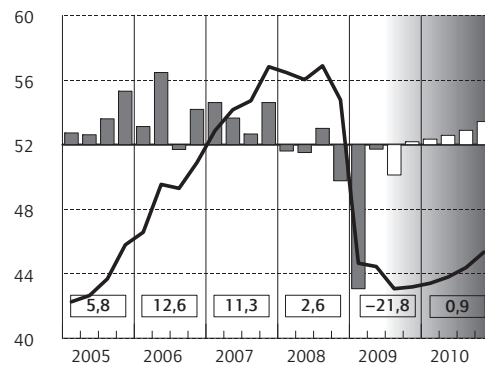
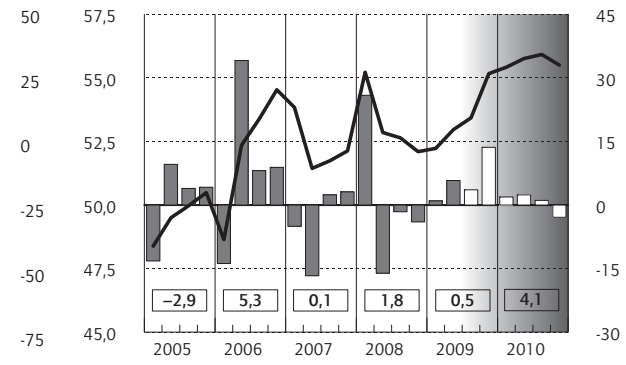
Weil es zu massiven Arbeitszeitverkürzungen kam, ist die Zahl der Erwerbstätigen weitaus weniger gesunken als das Arbeitsvolumen (Abbildung 4). Allein das Instrument der Kurzarbeit hat zwischenzeitlich mehr als 400 000 Arbeitsplätze gesichert; alle arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen zusammen erhalten in diesem Jahr rein rechnerisch etwa eine Million Beschäftigungsverhältnisse. Diese Entlastungswirkung ist indes nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten, da diese Maßnahmen entweder teuer sind oder nur einmalig (zum Beispiel Rückführung von Arbeitszeitkonten) wirken können (Kasten 2). In dem Maße, wie sie zurückgenommen werden, steigt nicht nur die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit, sondern auch der Entlassungsdruck. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Kurzarbeit Zug um Zug um zwei Drittel bis zum Ende des nächsten Jahres zurückgenommen wird. Für das Jahr 2010 ist daher damit zu rechnen, dass sich der Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt bei wieder

³ Vgl. Dreger, C. et al.: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 31/2009.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal¹ in Prozent (rechte Skala)
 □ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

steigender Arbeitsproduktivität, zunehmender Arbeitszeit und abermals leicht rückläufigem Arbeitsvolumen vor allem bei der Erwerbstätigenzahl entlädt. Im Durchschnitt wird die Zahl der Beschäftigten um 630 000 geringer als in

diesem Jahr sein. Die Produktivitätsverluste des laufenden Jahres werden dabei nur zu zwei Dritteln kompensiert. Auch die geleistete Arbeitszeit wird das Vorkrisenniveau noch deutlich unterschreiten.

Industrieproduktion konsolidiert sich nach starkem Absturz

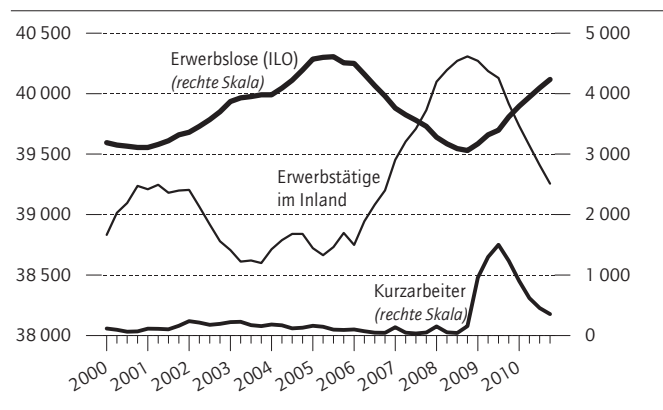
Die Industrie hat in den ersten sieben Monaten des Jahres 2009 ein Fünftel weniger produziert als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dabei ist die ausländische Nachfrage mit 34 Prozent noch stärker eingebrochen als die inländische (Rückgang um 25 Prozent). Trotz dieser dramatischen Minusraten im Vorjahresvergleich ist die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten im Verlauf des Jahres 2009 um gut 13 Prozent gestiegen. Diese Nachfrage richtet sich besonders stark auf Produkte der Vorleistungsgüterindustrien, wie zum Beispiel der Stahlindustrie oder der chemischen Industrie und kommt gleichermaßen aus dem In- und Ausland. In ihr kommen die Erwartungen, dass die Wirtschaft die Talsohle durchschritten hat, zum Ausdruck.

Die Händler von Rohstoffen und Vormaterialien, die ihre Lager in der Krise weitgehend abgebaut haben, stocken diese nun wieder auf. Die Nachfrage nach Investitionsgütern wurde in der ersten Jahreshälfte durch den Fahrzeugbau in vielen Ländern gestützt. Im Juli haben zudem Großaufträge im Schiffbau und der Herstellung von Militärfahrzeugen die Auftragseingänge steigen lassen.

Die Nachfrage nach Gütern des Maschinenbaus, der Stahl- und Metallverarbeitung sowie der Elektrotechnik ist dagegen noch sehr schwach und hatte erst im Juli wieder angezogen. Angesichts

Abbildung 3

Erwerbstätige, Erwerbslose und Kurzarbeiter

In Tausend Personen¹¹ Saisonbereinigter Verlauf.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2009

einer niedrigen Kapazitätsauslastung und der durch Vorzieheffekte geprägten Entwicklung in der Pkw-Industrie wird die Nachfrage auch im kommenden Jahr sehr verhalten bleiben. Die Auslandsnachfrage dürfte sich nur etwas stärker entwickeln. Stabilisierend auf die Industrieproduktion wirkt in diesem Jahr die Konsumgüterindustrie (Tabelle 3).

Insgesamt wird die Industrieproduktion deshalb 2009 um 18 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Das kommende Jahr wird mit einem

Tabelle 2

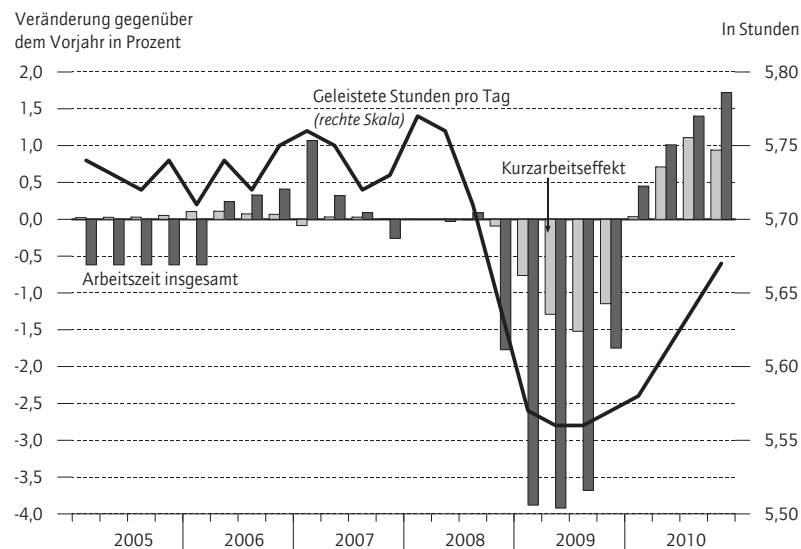
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,8	3,2	2,5	1,3	-5,1	1,3
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 836	39 074	39 724	40 278	40 174	39 530
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 573	4 250	3 602	3 141	3 339	3 986
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 861	4 487	3 777	3 268	3 497	4 054
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	10,6	9,8	8,3	7,2	7,7	9,2
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	11,7	10,8	9,0	7,8	8,3	9,6
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,6	1,6	2,3	2,6	0,3	1,0
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-0,8	-1,2	0,4	2,0	4,9	-0,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ In Milliarden Euro	-74,2	-38,1	4,7	1,0	-75,2	-119,4
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,1	-4,9
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	5,1	6,5	7,9	6,7	4,0	3,4

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise auf die zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2009 und 2010: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 4

Arbeitszeitentwicklung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Wachstum von knapp vier Prozent zu einer Normalisierung bei nur geringer Dynamik führen.

Binnenwirtschaft trägt Wachstum im nächsten Jahr

Der diesjährige Wachstumseinbruch ist zum überwiegenden Teil (3,7 Prozentpunkte) durch die Kontraktion im Außenhandel bedingt (Tabelle 4). In der Folge sind auch die inländischen Unternehmensinvestitionen kräftig nach unten gezogen worden. Stark gedrosselte Ausrüstungsinvestitionen, Lagerabbau und gedämpfter Wirtschaftsbau lassen die produktionswirksame Nachfrage in diesem Jahr um weitere 2,5 Prozent sinken. Stabilisierend wirken die privaten und öffentlichen Verbrauchsausgaben, die den Wachstumseinbruch in diesem Jahr um einen Prozentpunkt abmildern. Auch im kommenden

Jahr gehen vom Konsum die wichtigsten Impulse aus, wobei die privaten Konsumausgaben noch an Bedeutung gewinnen. Die staatlichen Bauinvestitionsprogramme lindern den Rückgang der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte, im nächsten tragen sie doppelt so stark zum Wachstum bei. Da dann auch die Außenwirtschaft und die Unternehmensinvestitionen das Wachstum nicht weiter belasten, spiegeln sich die expansiven Impulse des Konsums und der öffentlichen Bautätigkeit in vollem Umfang in der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate wider.

Außenhandel

Im zweiten Quartal verlangsamte sich der Rückgang der deutschen Exporte. Er betrug nur noch gut ein Prozent. Maßgeblich dafür war der starke Anstieg der Exporttätigkeit im Juni, wobei die Ausfuhren nach Frankreich, Großbritannien, in die Niederlande und die USA ausschlaggebend waren. Im Juli hielt diese Entwicklung an, die Dynamik nahm jedoch ab, bevor es im August zu einem erneuten Rückgang kam. Für das dritte Quartal ergibt sich somit ein starkes Wachstum, das aber die tatsächliche Dynamik überzeichnet. Wichtige deutsche Abnehmerländer erholen sich im Prognosezeitraum nur langsam. Insbesondere Spanien und Italien dürften noch längere Zeit mit ihrem schwachen Wachstum dämpfend auf die deutsche Exportentwicklung wirken. Das große Gewicht der Investitionsgüter im Exportportfolio wird – bei nach wie vor starker Unterauslastung der Kapazitäten in wichtigen Abnehmerländern – dafür sorgen, dass sich die Ausfuhr zunächst weniger dynamisch entwickelt als der Welthandel, erst gegen Ende 2010 dürften die deutschen Exporte wieder gleichziehen. Insgesamt ist der deutsche Export 2009 um 15 Prozent geringer als im Vorjahr. Im nächsten Jahr setzt sich der in diesem Sommer begonnene Erholungsprozess fort. Das Niveau dürfte dann um vier Prozent höher sein als 2009.

Tabelle 3

Produktion¹ im produzierenden Gewerbe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Struktur 2008 ² in Prozent	2008	2009 ³	2010 ³
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100	0,0	-17,9	3,8
Vorleistungsgüterproduzenten	36,7	-0,4	-19,2	7,0
Investitionsgüterproduzenten	39,1	1,7	-24,1	2,6
Konsumgüterproduzenten	16,2	-1,9	-5,3	0,5
Energiewirtschaft	7,9	-2,6	-6,3	1,8

¹ Arbeitstäglich bereinigt.² Fortgeschrieben auf Basis der arbeitstäglich bereinigten Indexreihen.³ Prognose des DIW Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Überproportional zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage, die in diesem Jahr um fünf Prozent unter dem Vorjahreswert liegt, reagiert das Importvolumen mit einem Rückgang um fast neun Prozent. Entlastend für die Einkommensentwicklung im Inland wirken zusätzlich die stark rückläufigen Importpreise, die in diesem Jahr um über fünf Prozent nachgeben dürften. Grund dafür sind vor allem starke Preiseinbrüche für Energie (Rückgang um 32 Prozent) und für übrige Rohstoffe (Ermäßigung um 17 Prozent). Die im nächsten Jahr wieder um gut ein Prozent anziehende Endnachfrage wird auch die Import-

tätigkeit beleben (Wachstum um $4\frac{1}{2}$ Prozent). Bei der hier unterstellten Beruhigung der Rohstoffpreisentwicklung im Prognosezeitraum wird das Importpreisniveau nur moderat um 0,8 Prozent im nächsten Jahr zulegen.

Investitionen

Im zweiten Quartal sind die Ausrüstungsinvestitionen kaum noch gesunken. Im dritten Quartal dürfte es zwar einen erneuten Rückschlag gegeben haben – so sank der Inlandsumsatz der Investitionsgüterproduzenten im Zwei-Monats-Vergleich im August um gut vier Prozent – mittlerweile deutet sich aber ein Umschwung an. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterindustrie aus dem Inland konnten im Zwei-Monats-Vergleich im August um gut $10\frac{1}{2}$ Prozent zulegen. Auch wenn im Juli Sondereffekte in Form von höheren Bestellungen des Militärs eine große Rolle gespielt haben, ist der Anstieg signifikant. Somit dürften die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal den Wendepunkt erreichen. Dennoch wird auch 2010 das Wachstum schwach bleiben, da die geringe Kapazitätsauslastung – im zweiten Quartal lag der Order-Capacity-Index 25,8 Prozent unterhalb des Vorjahreswertes – dämpfend auf das Investitionsgeschehen wirkt. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften 2009 um rund 23 Prozent sinken. 2010 ergibt sich ein leichtes Wachstum um rund ein Prozent gegenüber 2009.

Der Wohnungsbau entwickelt sich derzeit sehr stabil. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nehmen seit Jahresbeginn wieder zu und lagen im Juli bereits 2,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Baugenehmigungen stiegen im Juli sogar um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Stabilisierend dürften sich die gesunkenen Hypothekenzinsen ausgewirkt haben sowie die robuste Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte.

Während sich die Lage beim Wohnungsbau verbessert hat, waren die Baugenehmigungen aller nicht öffentlichen Bauherren immer noch fast 25 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Auftrags-eingänge im Hochbau ohne Wohnungsbau stiegen im Juli gegenüber dem Vormonat deutlich, lagen aber noch unterhalb der Vorjahreswerte. Insgesamt zeichnet sich somit ein Rückgang bei den Wirtschaftsbauten ab, der durch das schwierige konjunkturelle Umfeld bedingt ist.

Die in den Konjunkturpaketen beschlossenen Investitionsprojekte dürften den Rückgang im Wirtschaftsbau weitgehend kompensieren, so-

Tabelle 4

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2007	2008	2009	2010
Konsum	0,1	0,6	1,0	0,9
Privater Verbrauch	-0,2	0,2	0,5	0,6
Staatsverbrauch	0,3	0,4	0,5	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	0,5	-1,8	0,5
Ausrüstungen	0,8	0,3	-1,8	0,1
Bauten	0,0	0,2	0,0	0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Lagerveränderungen	0,0	0,5	-0,6	-0,1
Inlandsnachfrage	0,9	1,5	-1,5	1,3
Außenhandel	1,5	-0,4	-3,7	-0,1
Ausfuhr	3,4	1,3	-7,1	1,7
Einfuhr	-1,9	-1,7	3,5	-1,8
Bruttoinlandsprodukt²	2,5	1,3	-5,1	1,3

¹ In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2009 und 2010: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

dass die Bautätigkeit insgesamt stabilisierend auf die Konjunktur wirkt. Die gesamten Bauinvestitionen stagnieren 2009 und wachsen 2010 mit einer Rate von gut vier Prozent deutlich.

Privater Verbrauch

Die privaten Haushalte profitierten in ihren Konsummöglichkeiten in der ersten Jahreshälfte neben einer kontinuierlich rückläufigen Inflationsrate vor allem von der bislang weitgehend robusten Arbeitsmarktentwicklung. Die Unternehmen tragen den weitaus größten Teil des mit dem Produktionseinbruch einhergehenden Einkommensausfalls in Form kräftiger Gewinneinbußen. Die Erhöhung der effektiven Stundensätze wurde weitgehend durch Arbeitszeitverkürzung kompensiert, sodass die Bruttolöhne stagnierten. Zwar sind die Nettolöhne durch die Anhebung der Beiträge zur Krankenversicherung seit Jahresbeginn geschmälert worden – eine Maßnahme, die zur Jahresmitte wieder zurückgenommen wurde –, insgesamt hat der Sozialstaat aber durch die Ausdehnung seiner Leistungen die Masseneinkommen gestärkt. Darüber hinaus wirkt allein die mit der Abwrackprämie verbundene Einkommensinjektion (sechs Milliarden Euro entsprechen fast einem Prozent der Konsumausgaben des ersten Halbjahres) positiv auf den privaten Verbrauch, selbst dann, wenn dadurch keinerlei zusätzliche Käufe zu Lasten der Ersparnis ausgelöst wurden. Aufgrund des Auslaufens dieses Sondereffekts ist für den weiteren Jahresverlauf mit einer gedämpften Konsumdynamik zu rechnen. Die kräftigen Expansionsraten der ersten beiden

Kasten 2

Warum hat trotz der schweren Krise die Arbeitslosigkeit eher wenig zugenommen?

Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter hat die Wirtschaftskrise bisher nicht zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Dass der Arbeitsmarkt verzögert auf eine wirtschaftliche Abkühlung reagiert, ist keineswegs die Regel. So setzte im vorhergehenden Zyklus der Rückgang der Beschäftigung schon vor dem Beginn des konjunkturellen Abschwungs ein.¹ Dieses Mal kam die Wirtschaft offenbar bei einer besonders starken Anspannung des Produktionspotentials ins Stocken, sodass trotz der rückläufigen Wirtschaftsleistung im zweiten und dritten Quartal 2008 die Zahl der Beschäftigten bis in den Herbst letzten Jahres hinein noch ausgeweitet wurde. Erst als zum Jahresende 2008 die Produktion massiv einbrach, setzte ein Arbeitsplatzabbau ein, der sich bis in den Frühsommer dieses Jahres fortsetzte.

¹ Das war damals – je nach dem wie man den Zeitraum der zyklischen Bewegung definiert – im zweiten oder dritten Quartal 2001 der Fall.

Bemerkenswert ist dabei aber, dass der Arbeitsmarkt bei weitem nicht in einem Maße belastet wurde, wie es angesichts des drastischen Produktionseinbruchs zu erwarten gewesen wäre. Dessen Folgen wurden in erheblichem Maße durch Arbeitszeitverkürzungen abgefedert. So wurden Überstunden abgebaut und aufgelaufene Guthaben auf Arbeitszeitkonten geräumt; auf manchen Konten dürften inzwischen sogar nachzuholende Stunden stehen. Zudem wurden in großem Umfang die Regelungen zur Kurzarbeit in Anspruch genommen, die angesichts der Krise modifiziert wurden, um Arbeitgeber von Entlassungen abzuhalten. Bis Mai stieg die Zahl der Personen in Kurzarbeit auf 1,5 Millionen, im Juni ging sie auf 1,4 Millionen zurück. Das entspricht in Vollzeitäquivalente umgerechnet reichlich 400 000 Arbeitsplätzen.

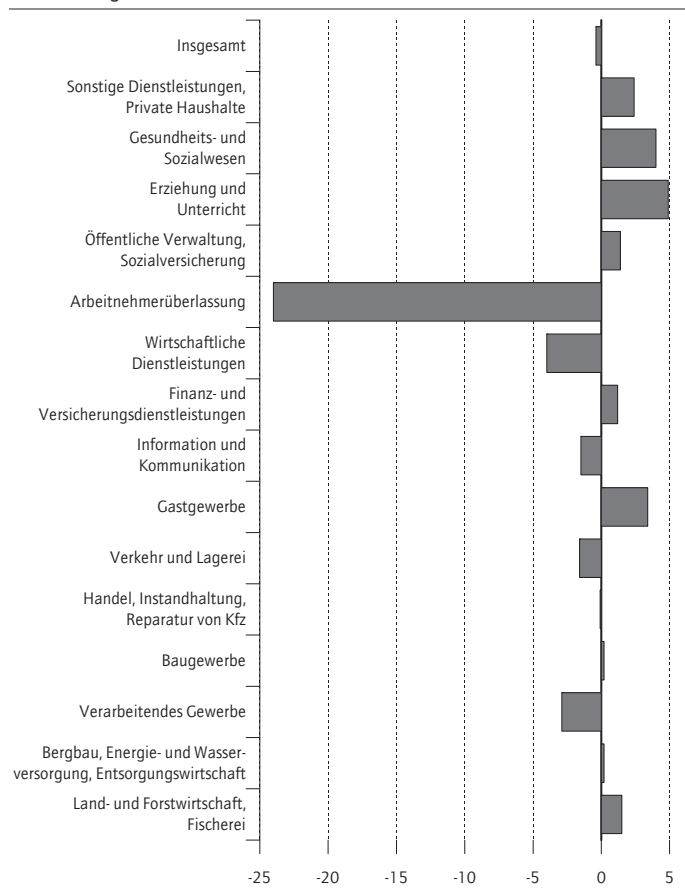
Nach der amtlichen Verdienststatistik war die Zahl der bezahlten Wochenarbeitsstunden der Vollzeitbeschäftigten im zweiten Vierteljahr um gut zwei Prozent geringer als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Allerdings zeigen sich bei der Entwicklung große Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Nicht verändert hat sich die Stundenzahl im Dienstleistungssektor und in der Energieerzeugung; in der Bauwirtschaft ging sie leicht zurück. Stark eingeschränkt wurde indes die Arbeitszeit im verarbeitenden Gewerbe – um sechs Prozent. Auch hier gibt es Unterschiede. In Branchen wie dem Ernährungsgewerbe und der pharmazeutischen Industrie, die im Allgemeinen wenig auf konjunkturelle Schwankungen reagieren, blieb die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten unverändert. Stark abgenommen hat sie dagegen bei der Metallerzeugung (um 13 Prozent), der Herstellung von Metallerzeugnissen sowie dem Kraftfahrzeugbau (jeweils um zehn Prozent), dem Maschinenbau (um neun Prozent) und der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (um sieben Prozent).

Die Arbeitszeitverkürzungen haben zu einer Abnahme der Pro-Kopf-Produktivität beigetragen, allerdings sank auch die Stundenproduktivität. Dieses außergewöhnliche Phänomen ist auch darauf zurückzuführen, dass die Krise auf die exportabhängigen Zweige konzentriert ist. Dabei handelt es sich um Industriebranchen mit einer überdurchschnittlichen Produktivität. Hinzu kommen Wirtschaftszweige wie der Handel, insbesondere der Außenhandel, sowie einige unternehmensnahe Dienste und dabei nicht zuletzt die Arbeitnehmerüberlassung, die in erheblichem Maße von Aufträgen aus der Industrie abhängig sind (Abbildung 1). Eine Reihe anderer Wirtschaftszweige hat dagegen die Krise eher wenig zu spüren bekommen – wie etwa die konsumnahen und personenbezogenen Dienste. Dies sind überwiegend

Abbildung 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Veränderung von Juli 2008 bis Juli 2009 in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Sektoren, in denen die Stundenproduktivität unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt. Auch wegen dieses Struktureffekts hat der starke gesamtwirtschaftliche Produktionsrückgang nicht in seiner ganzen Wucht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen.

Seit dem Frühsommer hat der Beschäftigungsabbau merklich nachgelassen, da sich der Produktionsrückgang mehr und mehr abschwächte; inzwischen wächst die Wirtschaftsleistung sogar wieder leicht. Angesichts der etwas aufgehellten Perspektiven sehen sich offenbar viele Unternehmen veranlasst, aktuell überschüssiges Personal zu halten.

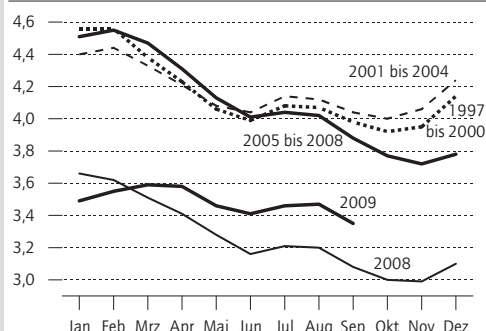
Der offiziellen Arbeitslosenstatistik zufolge hat die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt zuletzt nicht weiter zugenommen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stagniert etwa seit Juli. Generell hängt der unterjährige Verlauf der Arbeitslosigkeit viel stärker von jahreszeitlichen Einflüssen als von der konjunkturellen Entwicklung ab. Das zeigt ein Blick auf mehrere Perioden in der Vergangenheit (Abbildung 2). In diesem Jahr verschob sich wegen der Krise die Frühjahrsbelebung um zwei Monate nach hinten und setzte erst im Mai ein. Seitdem verläuft die Arbeitslosigkeit völlig konform mit dem üblichen saisonalen Muster – allerdings auf einem im Vergleich zum Vorjahr um etwa 260 000 Personen höheren Niveau. Blicke es beim saisonüblichen Verlauf, würde die Zahl der Arbeitslosen in diesem Monat geringer als im September ausfallen, und im November würde sie eher ab- als zunehmen.

Bei der Interpretation der amtlichen Arbeitslosendaten ist zwar zu beachten, dass die ausgewiesene Unterbeschäftigung immer wieder von politischen und administrativen Eingriffen beeinflusst wird. Insgesamt spielen solche Effekte aber gegenwärtig keine große Rolle. Einerseits werden Erwerbslose, die über zugeteilte private Vermittler eine Beschäftigung suchen (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung), nicht mehr als Arbeitslose gezählt (Abbildung 3). Bis September stieg deren Zahl auf knapp 200 000. Andererseits ging die Zahl der Personen in Maßnahmen zur Prüfung der beruflichen Eignung und in Trainingsmaßnahmen unter der Regie der Arbeitsagenturen zurück. Die Weiterbildungsmaßnahmen wurden Ende letzten Jahres ausgeweitet, seitdem stagniert in etwa die Zahl ihrer Teilnehmer. Wie schon seit langem verändert sich – abgesehen von saisonalen Schwankungen – die Zahl der Personen mit einem Ein-Euro-Job kaum, und bei den verschiedenen Maßnahmen zur Frühverrentung hielten sich im Verlauf dieses Jahres Abbau und Aufbau in etwa die Waage, nachdem die Maßnahmen bis Januar deutlich eingeschränkt worden waren. Unter dem Strich wäre die Zahl der in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Arbeitslosen ohne die Änderungen im September um 100 000 höher ausgefallen.

Abbildung 2

Saisonaler Verlauf der Zahl der Arbeitslosen nach Perioden

In Millionen

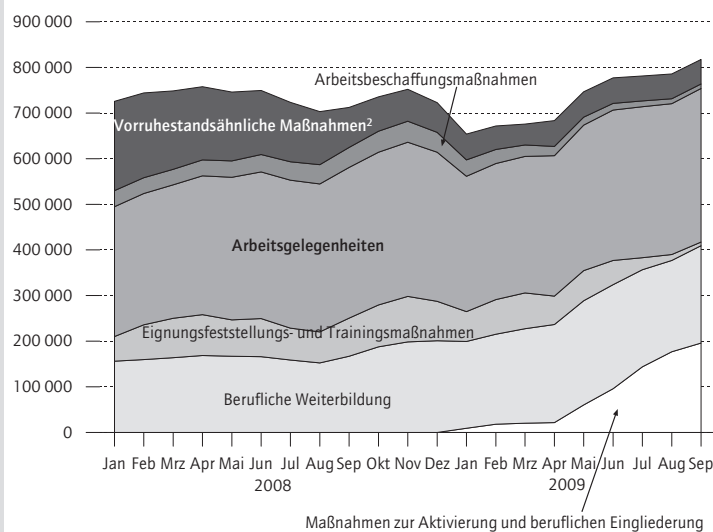


Quellen: Bundesagentur für Arbeit;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Abbildung 3

Personen¹ in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit



¹ Teilweise vorläufige und hochgerechnete Werte.

² Maßnahmen nach § 428 SGB III und nach § 53a SGB II.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

DIW Berlin 2009

Neben dem Beschäftigungsverlauf hängt die Entwicklung der Erwerbslosigkeit auch von der Veränderung des Arbeitsangebots ab. Die Zahl der Erwerbspersonen hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den letzten Monaten stagniert – bis Anfang dieses Jahres war sie dagegen noch gestiegen. Vermutlich hat sich wegen der eingetrübten Beschäftigungsaussichten die stille Reserve etwas aufgebaut.

Die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist gegenwärtig außerordentlich schwer einzuschätzen.

Festzustellen ist, dass zuletzt die ausgewiesene Arbeitslosigkeit und wohl auch die tatsächliche Unterbeschäftigung nicht gestiegen und der Beschäftigungsabbau fast zum Stillstand gekommen sind. Auch wurde die Kurzarbeit offenbar nicht weiter ausgeweitet; die Zahl der Anträge blieb unverändert. Ist das alles nur die Ruhe vor dem demnächst doch noch eintretenden Sturm oder

kündigt sich bereits eine Wende zum Positiven auf dem Arbeitsmarkt an? Beide Szenarien erscheinen aus gegenwärtiger Sicht unwahrscheinlich. Eher ist anzunehmen, dass die Erwerbslosigkeit über den Winter nicht nur aus saisonalen Gründen, sondern auch konjunkturbedingt deutlich wächst, allerdings bei weitem nicht so stark wie befürchtet.

Quartale mit Jahresraten von über 2½ Prozent dürften sich daher kaum fortsetzen.

Trotz der sich abzeichnenden deutlichen Verschlechterung der Beschäftigungslage werden die privaten verfügbaren Einkommen im Prognosezeitraum weiter recht kräftig expandieren. Hierzu tragen insbesondere die automatischen Stabilisatoren sowie die diskretionären staatlichen Stützungsmaßnahmen bei. Da sich der Stellenabbau und die Verlängerung der geleisteten Arbeitszeit pro Kopf im nächsten Jahr in etwa ausgleichen, dürfte die Bruttolohnsumme in Höhe des Effektivlohnzuwachses von einem halben Prozent zulegen. Aufgrund der bereits beschlossenen Abgabenerleichterungen beträgt der Anstieg der Nettolohnsumme gut zwei Prozent. Die staatlichen monetären Sozialleistungen werden um 1½ Prozent ausgeweitet. Ferner entfällt durch die Stabilisierung der Gewinne der Einkommensentzugseffekt bei den Selbständigen, die darüber hinaus auch von deutlich geringeren Gewinnsteuern belastet werden. Bei steigendem Arbeitsplatzrisiko ist nicht mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen. Sie dürfte daher wie in diesem Jahr bei 11,4 Prozent liegen, sodass die steigenden verfügbaren Realeinkommen proportional in höheren Konsum münden. In der konjunkturellen Krise erweist sich somit der private Verbrauch mit Expansionsraten von 0,8 Prozent in diesem und einem Prozent im nächsten Jahr als wichtige binnenwirtschaftliche Stütze.

Öffentliche Finanzen

Trotz der sich abzeichnenden Erholung müssen die staatlichen Haushalte in diesem und im nächsten Jahr vorübergehend mit Defiziten in bisher unbekannter Höhe kämpfen. Nachdem im Vorjahr ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden konnte, wird das Defizit im laufenden Jahr 75 Milliarden Euro und im nächsten Jahr 120 Milliarden Euro betragen. Die Defizitquoten erreichen damit 3,1 und 4,9 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Die Maastricht-Kriterien einer maximalen Nettoneuverschuldung von drei Prozent und einer Schuldenquote von

höchstens 60 Prozent rücken damit in weite Ferne.

Das Defizit wird dabei im nächsten Jahr trotz der leicht anziehenden Produktion nochmals rund 50 Milliarden über der Deckungslücke dieses Jahres liegen. Hierzu tragen vor allem die nachlaufende Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Steuern auf Einkommen und Vermögen bei. Allein die automatischen Stabilisatoren werden in diesem und im nächsten Jahr Defizite in einer Größenordnung von jeweils 35 Milliarden Euro verursachen. Dies entspricht rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Große Teile der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung entfalten erst 2010 ihre volle Wirkung auf Defizit und Produktion.

Der scharfe konjunkturelle Einbruch macht sich bereits in diesem Jahr in einem leicht überproportionalen Rückgang der Steuereinnahmen um 5,4 Prozent bemerkbar, der sich im nächsten Jahr mit 4,5 Prozent kaum verändert fortsetzen dürfte. Während die Produktions- und Importabgaben, also die indirekten Steuern, aufgrund des stabilen Verlaufs des privaten Konsums vergleichsweise mäßig sinken, knicken die Steuern auf Einkommen und Vermögen in beiden Jahren mit rund zehn Prozent nahezu weg; dies bedeutet ein Sinken der direkten Steuerlast um bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr. So ist im ersten Halbjahr 2009 das Kassenaufkommen der Körperschaftsteuer bereits um rund 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken – ein Indiz dafür, dass die Unternehmen ihre Vorauszahlungen sehr schnell an die eingebrochenen Gewinne angepasst haben. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum verstärken, da sich die Vorauszahlungsanpassungen im Jahresverlauf häufen – auch mit Blick darauf, dass die derzeit niedrigen Gewinne Grundlage für die Vorauszahlungsbescheide der gewinnabhängigen Steuern im nächsten Jahr werden. Das Kassenaufkommen der Körperschaftsteuer dürfte daher um rund 74 Prozent in diesem und 17 Prozent im nächsten Jahr einbrechen. Auch die veranlagte Einkommensteuer wird stark sinken, und zwar um 25 Prozent in diesem und 30 Prozent im nächsten Jahr. Der zu

erwartende heftige Rückgang der Gewerbesteuer dürfte die Einnahmesituation der Kommunen drastisch verschärfen.

Bei der Entwicklung der direkten Steuern schlagen auch einige Sondereffekte zu Buche. Die Rücknahme der Kürzung der Entfernungspauschale verursacht beispielsweise Mindereinnahmen bei der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer. Durch die zukünftig volle Anrechnung privater Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge im Rahmen des Sonderausgabenabzugs bei der Einkommensteuer sind ab 2010 Mindereinnahmen von jährlich rund acht Milliarden Euro hinzunehmen. Schließlich schlagen manche Maßnahmen der Konjunkturpakete auch steuermindernd zu Buche: Hierzu zählen vor allem die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter bis 2010, die vorgezogene Anhebung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes, die Anhebung des Grundfreibetrags sowie die Absenkung der Eingangssteuersätze bei der Einkommensteuer.

Das kassenmäßige Steueraufkommen wird im laufenden Jahr bei rund 520 Milliarden Euro und damit um etwa sieben Prozent unter dem Steueraufkommen des Jahres 2008 liegen. Für das kommende Jahr wird ein erneuter Rückgang um gut zwei Prozent auf 509 Milliarden Euro erwartet.

Die Einnahmen der Sozialversicherungen sind zwar unter Druck, dies liegt aber nicht primär an der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zu Beginn des Jahres wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung kurzzeitig auf 15,5 Prozent erhöht; die neuerliche Absenkung auf 14,9 Prozent im Zuge der konjunkturstützenden Maßnahmen kostet rund sechs Milliarden Euro in voller Jahreswirkung. Hinzu kommt die weitere Reduzierung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ab 2009. Insgesamt dürfte das Beitragsaufkommen in diesem Jahr um 1,6 Prozent und 2010 nur noch um 0,9 Prozent steigen.

Die staatlichen Sozialleistungen dürften aufgrund der eingetrübten Beschäftigungsaussichten deutlich zunehmen. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld I und II werden im laufenden und im nächsten Jahr um rund fünf beziehungsweise acht Milliarden Euro und damit auf 50 Milliarden Euro im Jahr 2010 steigen. Hierbei schlägt sich auch die erneute außerplanmäßige Rentenerhöhung im laufenden Jahr nieder, in Folge derer auch die Sätze des Arbeitslosengeldes II angepasst werden.

Die rückläufigen Löhne pro Kopf hätten nach der Rentenanpassungsformel dazu geführt, dass die Rentenzahlungen im nächsten Jahr leicht gesenkt werden, damit die derzeitigen Arbeitnehmer nicht überproportional belastet werden. Die nun gesetzlich festgelegte Rentengarantie verhindert jedoch eine Rentenanpassung nach unten. Die monetären Sozialleistungen werden aus diesen Gründen im laufenden Jahr um 4,5 Prozent auf 441 Milliarden Euro steigen. Im nächsten Jahr dürfte sich der Anstieg aber deutlich abflachen. Der Anteil der monetären Sozialleistungen am nominalen Bruttoinlandsprodukt steigt deutlich von 17 Prozent in den beiden vergangenen Jahren auf über 19 Prozent; wie im Abschwung nach 2001 wird damit rund ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Produktion für Sozialleistungen verwendet.

Neben den Sozialleistungen schlagen auf der Ausgabenseite vor allem die Erhöhung der staatlichen Personalkosten und die beiden von der Bundesregierung verabschiedeten Konjunkturpakete zu Buche. Die Personalausgaben werden in diesem Jahr um rund drei Prozent und im nächsten Jahr um 1,1 Prozent ausgeweitet. Während das erste Konjunkturpaket seinem Volumen nach sehr gering war, hat das zweite Paket mit knapp 50 Milliarden Euro eine erhebliche Größenordnung. So soll der Bund bis 2010 zusätzliche Investitionen in einer Höhe von vier Milliarden Euro tätigen und weitere zehn Milliarden Euro für Investitionen der Länder und Gemeinden bereitstellen. Letztere müssen einen Eigenanteil von 25 Prozent aufbringen. Hier ist unterstellt, dass aufgrund von Kapazitätsengpässen im Bausektor und Verzögerungen bei der Umsetzung der Investitionsprojekte rund ein Viertel der Mittel erst 2011 produktionswirksam wird. Damit steigen die Investitionsausgaben des Staates um rund 14 Prozent in diesem und 15 Prozent im nächsten Jahr. Das Mittelvolumen für die ebenfalls im Konjunkturpaket II enthaltene sogenannte Umweltprämie für die Verschrottung von Altfahrzeugen wurde bereits jetzt voll ausgereizt; hierfür werden in diesem Jahr fünf Milliarden Euro verbucht.

Bei den staatlichen Zinszahlungen schließlich profitiert der Staat erheblich vom niedrigen Zinsniveau. Dieses sorgt für einen Rückgang der Zinsausgaben um 3,6 Prozent in diesem Jahr. Die erhebliche Schuldenaufnahme 2009 wird sich jedoch trotz weiterhin günstiger Finanzierungsbedingungen mit einem rasanten Anstieg der Zinszahlungen im nächsten Jahr in den öffentlichen Haushalten bemerkbar machen.

Geldpolitik und Finanzmärkte: Kreditklemme vorbeugen

In den letzten Monaten hat sich die Situation an den Geld- und Finanzmärkten wieder deutlich entspannt. Die Herausforderung in den kommenden Monaten wird nun sein, auch für eine längerfristige Stabilisierung der Finanzsysteme und der Volkswirtschaften zu sorgen, um eine Wiederholung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu vermeiden.

Die Vereinbarungen, die die zwanzig wichtigsten Industrienationen auf dem G-20-Weltfinanzgipfel Ende September in Pittsburgh beschlossen haben, stellen erste Schritte in die richtige Richtung dar. Der entscheidende Durchbruch – eine international abgestimmte Insolvenzordnung für den Bankensektor – steht aber immer noch aus.

Abzuwarten bleibt nun, in welchem Maße diese doch recht wage formulierten Beschlüsse in die Realität umgesetzt werden können. Wenn der Reformdruck nach einer zu erwartenden Wiederbelebung der Wirtschaft und einer weiteren Stabilisierung des Finanzsystems wieder nachlässt, wird höchstwahrscheinlich auch die Koordinationsbereitschaft der Länder sinken. Wenn schon der Beschluss der EU-Kommission für die Errichtung von EU-Behörden zur Kontrolle des Bankenwesens, des Wertpapierhandels und des Versicherungswesens auf heftige Gegenwehr von Seiten einiger Länder wie zum Beispiel Deutschland und dem Vereinigten Königreich stößt, weil das geplante EU-Weisungsrecht in die Zuständigkeiten der nationalen Aufsichtsbehörden eingreifen könnte, ist fraglich, wie groß die Kooperationsbereitschaft für Finanzmarktreformen auf globaler Ebene letztendlich sein wird.

Der Beschluss zur Schaffung eines Europäischen Rats für Systemrisiken (ESRB) unter der Obhut der Europäischen Zentralbank, der rechtzeitig Gefahren für das Finanzsystem als Ganzes erkennen soll, ist sehr zu begrüßen. Jedoch bleibt offen, wie einflussreich eine internationale Institution sein kann, wenn die Entscheidungsbefugnis weiterhin bei den nationalen Aufsichtsbehörden liegt.

Ein wichtiger Stabilitätsfaktor in den kommenden Monaten wird sein, eine sogenannte Kreditklemme zu vermeiden. Eine Kreditklemme ist eine Situation, in der das Kreditangebot der Banken bei gegebenen Zinssätzen so stark eingeschränkt ist, dass die Kreditnachfrage nicht gedeckt wird, wodurch ein erhebliches Risiko für die weitere konjunkturelle Entwicklung entsteht. Politischer Handlungsbedarf besteht vor allem dann, wenn der Rückgang des Kreditangebots mit bankseiti-

gen Restriktionen zu begründen ist, und nicht, wenn realwirtschaftliche Bestimmungsfaktoren, wie sinkende Kreditwürdigkeit der Gläubiger, den Rückgang des Kreditangebots erklären. Eine wichtige bankseitige Restriktion könnte die verschlechterte Eigenkapitalausstattung der Banken als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise sein, die die Banken davon abhält, Unternehmen ausreichend mit Krediten zu versorgen.

Seit Juli 2008 sanken die Wachstumsraten der Kreditvergabe an den Privatsektor. Bedeutsam für den zukünftigen Konjunkturverlauf ist hierbei vor allem der Rückgang der Kreditdynamik an nichtfinanzielle Unternehmen. Hier ging das Wachstum der Kredite im Vergleich zum Oktober 2008 um 5,4 Prozentpunkte zurück. Um zu beurteilen, ob dieser Verlauf als Kreditklemme bezeichnet werden kann, ist es wichtig zu unterscheiden, ob der Rückgang der Kreditvergabe angebots- oder nachfragegetrieben ist, und welche Faktoren diesen Rückgang erklären.

Im vierten Quartal 2008, auf dem Höhepunkt der Finanzmarkturbulenzen, kam es tatsächlich zu einer angebotsgetriebenen Kreditverknappung (Kasten 3). Danach hat sich die Lage jedoch wieder entspannt, und Kreditnachfrage und -angebot haben sich wieder angeglichen. Zuletzt war die Kreditnachfrage sogar wieder etwas kleiner als das Kreditangebot. Im Aggregat lässt sich demnach gegenwärtig keine Kreditklemme nachweisen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Wirtschaftszweige oder Unternehmensgrößen ganz unterschiedlich betroffen sind.⁴

Allerdings zeigt sich, dass das Risiko einer Kreditklemme in den nächsten Quartalen durchaus präsent ist. Zwischen 2005 und 2007 gab es ein deutliches Kreditüberangebot. Gegenwärtig liegen Kreditnachfrage und Kreditangebot sehr eng beieinander. Weitere Wertberichtigungen in den Bankbilanzen könnten also schnell wieder ein Kreditunterangebot hervorrufen. Bricht man den von der Europäischen Zentralbank berichteten zusätzlichen Abschreibungsbedarf für die Eurozone auf Deutschland herunter, so zeigt sich eine mögliche Eigenkapitalerosion von bis zu 70 Milliarden Euro. Dies entspricht ungefähr 30 Prozent der Eigenkapitalausstattung der deutschen Banken und ist demnach bedrohlich.

⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: Die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor in Deutschland während der globalen Finanzkrise. Monatsbericht 09/2009; IfW: Szenariorechnung und Projektion Kreditvergabe Deutschland. Prognose-Zentrum, Zwischenbericht 2009.

Kasten 3

Kreditklemme

Für die Diagnose einer Kreditklemme ist die Frage entscheidend, ob der derzeitige beobachtete Rückgang der Kreditvergabe an Unternehmen und Selbständige angebots- oder nachfragegetrieben ist. Hierzu wird ein Ungleichgewichtsmodell geschätzt, das der Vorgehensweise von Maddala und Nelson (1974) folgt.¹ Eine Kreditklemme liegt dann vor, wenn das Kreditangebot kleiner als die Kreditnachfrage ist ($K_t^A < K_t^N$).

Die Aufgabe besteht nun darin, aus der Gesamtkreditvergabe die Nachfrage- und die Angebotskomponente zu bestimmen. Dazu wird das Kreditvolumen auf nachfragebestimmende und auf angebotsbestimmende Determinanten zurückgeführt. Das folgende Gleichungssystem wird mit Hilfe der Maximum-Likelihood-Methode geschätzt:

$$K_t = \min(K_t^A, K_t^N)$$

$$K_t^A = a_1 + a_2 D_t + a_3 i_t^l + a_4 (i_t^l - i_t^{lmm}) + a_5 \pi_t^e + a_6 C_t + u_{1t}$$

$$K_t^N = b_1 + b_2 i_t^l + b_3 PL_t + b_4 r_t^u + b_5 \pi_t^e + b_6 \Delta bip_t^e + b_7 C_t + u_{2t}$$

Die gewählten Determinanten des Kreditangebots (K_t^A) sind wie folgt definiert:

D_t : Kreditvergabekapazität gemessen durch Sicht- und Termineinlagen und Eigenkapital der Banken.

i_t^l : Darlehenszinsen als Maß für Profitabilität.

$i_t^l - i_t^{lmm}$: Differenz aus Darlehenszinsen und Geldmarktsatz als Risikomaß.

π_t^e : Erwartete Inflation.

C_t : Bestand des Unternehmensgeldvermögen als Maß für die Kreditabsicherung.

Die Determinanten der Kreditnachfrage (K_t^N) sind:

i_t^l : Darlehenszinsen als Maß für Kreditkosten.

PL_t : Produktionslücke als Maß für Investitionsbedarf.

r_t^u : Rendite auf Unternehmensanleihen als Maß für den Preis von Finanzierungsalternativen.

π_t^e : Erwartete Inflation.

Δbip_t^e : Erwartetes Bruttoinlandsprodukt.

C_t : Bestand des Unternehmensgeldvermögen als Maß für die Kreditabsicherung.

u_{1t} und u_{2t} sind unabhängige Störterme.

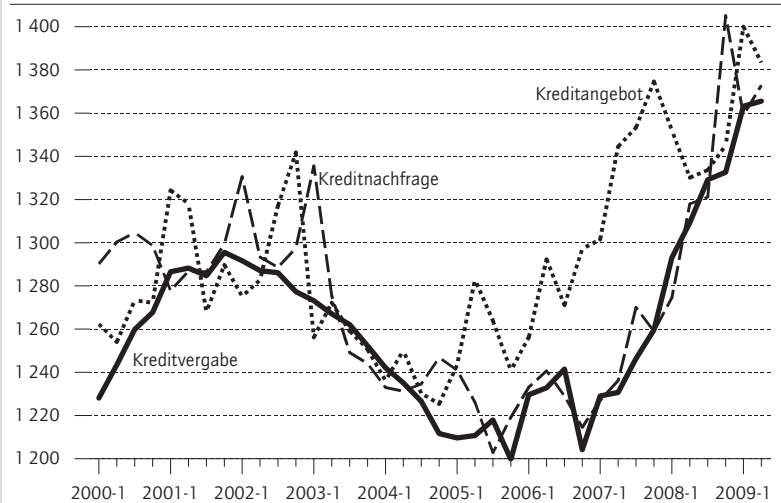
¹ Maddala, G.S., Nelson, F.D.: Maximum Likelihood Methods for Models of Markets in Disequilibrium. *Econometrica*, Vol. 42, No. 6, 1974, 1013-1030.

Die Schätzungen zeigen, dass in den drei Jahren vor der Zuspitzung der Finanzkrise ein deutliches Kreditüberangebot bestand. Im vierten Quartal 2008 hatten sich die Marktbedingungen geändert, sodass man zu diesem Zeitpunkt von einer angebotsseitigen Kreditverknappung sprechen konnte (Abbildung 1). Diese Situation ist jedoch nicht außergewöhnlich. So lag auch in der

Abbildung 1

Angebot, Nachfrage und Vergabe von Krediten

In Milliarden Euro



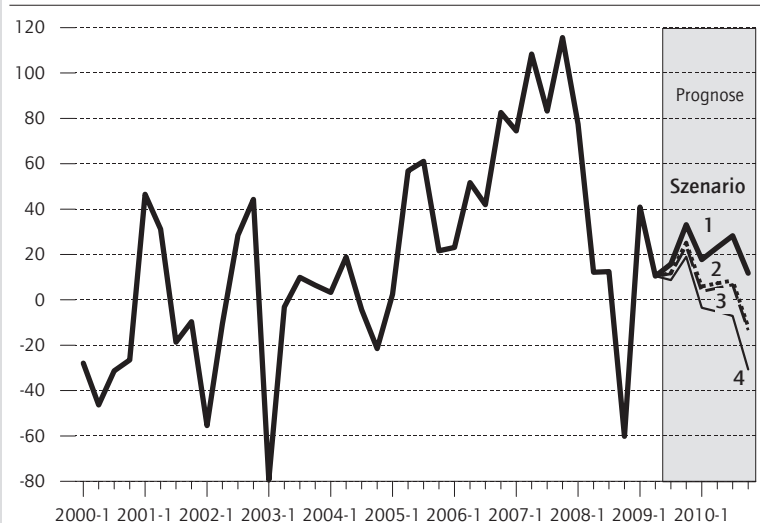
Quelle: Deutsche Bundesbank.

DIW Berlin 2009

Abbildung 2

Nachfrage- oder Angebotsüberschuss von Krediten

In Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

wirtschaftlichen Schwächeperiode von 2001 bis 2003 die Kreditnachfrage teilweise deutlich über dem Niveau des Angebots. Eine Analyse der einzelnen erklärenden Faktoren ergibt, dass im Vergleich zur früheren Situation die Kreditverknappung Ende 2008 in deutlich stärkerem Maße durch bankspezifische Faktoren – nämlich der Verschlechterung der Eigenkapitalausstattung – getrieben wurde. Erklärt diese Komponente 2001 bis 2003 ungefähr 50 Prozent des Rückgangs des Kreditangebots, waren es im vierten Quartal 2008 rund 70 Prozent.

Um das Risiko einer künftigen Kreditklemme einzuschätzen, werden im Folgenden vier Szenarien betrachtet (Tabelle, Abbildung 2). Unter der Annahme, dass sich die Produktion in Deutschland gemäß der vorliegenden Prognose in den nächsten Quartalen entwickelt und alle anderen Parameter konstant bleiben (Szenario 1), ist in den nächsten Quartalen keine Kreditklemme zu erwarten.

In den Szenarien 2 und 3 wird die Kreditvergabe unter der Annahme prognostiziert, dass der deutsche Bankensektor in den kommenden sechs Quartalen Abschreibungsverluste in Höhe von 70 Milliarden Euro hinnehmen muss. Dies entspricht dem deutschen Anteil der jüngsten EZB-Schätzung. Dabei wird im dritten Szenario ein günstigerer Konjunkturverlauf als in den übrigen Szenarien unterstellt. Für Szenario 4 wird schließlich ein erhöhtes Abschreibungsvolumen von 120 Milliarden Euro angenommen.

Die Modellrechnungen 2 bis 4 zeigen, dass unter den jeweiligen Annahmen eine angebotsgetriebene Kreditklemme eintreten würde. Der deutsche Kreditmarkt ist mithin verwundbar. Eine Kreditklemme ist umso gravierender, je stärker sich die Eigenkapitalausstattung der Banken verschlechtert. Hingegen ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von geringerer Bedeutung.

Tabelle

Szenarien zu einer möglichen Kreditklemme

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4
Konjunkturverlauf	Prognose des DIW	Prognose des DIW	Optimistischere Prognose für den Konjunkturverlauf (0,6 Prozent vierteljährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ab dem 3. Quartal 2009)	Prognose des DIW
Kreditvergabekapazität der Banken	Keine Abschreibungen	Abschreibung des Eigenkapitals um 70 Milliarden Euro (linear verteilt auf die Quartale III/2009 bis IV/2010)	Abschreibung des Eigenkapitals um 70 Milliarden Euro (linear verteilt auf die Quartale III/2009 bis IV/2010)	Abschreibung des Eigenkapitals um 120 Milliarden Euro (linear verteilt auf die Quartale III/2009 bis IV/2010)

Quelle: Darstellung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Um ein erneutes Abwürgen des Konjunkturmotors zu vermeiden, ist es in diesem Falle richtig und auch wichtig, dass die Bundesregierung bereits Regelungen zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Banken beschlossen hat. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und der damit eingeführte Finanzmarktstabilisierungsfonds ermöglichen es, Not leidende Banken gezielt mit Eigenkapitalbeihilfen zu stärken. Die Größe des Fonds reicht aus, um die nach derzeitiger Sicht erforderliche Rekapitalisierung sicherzustellen. Zusätzlich wurde mit dem Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung im Mai 2009 ein Bad-Bank-Modell eingeführt.

Von beiden Stützungsmaßnahmen machen deutsche Banken jedoch bisher kaum Gebrauch. Um eine Stigmatisierung von Seiten der Investoren und der Finanzmärkte zu vermeiden, werden Banken womöglich bei Bedarf erst in letzter Minute auf diese Hilfspakete zurückgreifen. Dann könnte es allerdings schon zu spät sein. Zur Abwendung systemgefährdender Kettenreaktionen sollte die Inanspruchnahme staatlicher Rekapitalisierungsmittel gesetzlich vorgeschrieben werden, sobald das Eigenkapital einer Bank ein kritisches Niveau erreicht. Dieser Schwellenwert sollte oberhalb der Mindesteigenkapitalanforderung von Basel II liegen.

Finanzpolitik: Einnahmen steigern und Ausgaben kürzen

Die zukünftige Bundesregierung steht vor gewaltigen finanzpolitischen Herausforderungen – zum einen wegen der Lasten, welche die Finanz- und Wirtschaftskrise den öffentlichen Haushalten aufbürdete, zum anderen wegen der Anforderungen, die von dem neuen Koalitionspartner an die Steuer- und Haushaltspolitik der kommenden Legislaturperiode gestellt werden.

Die öffentlichen Haushalte verschulden sich im Zuge der Rezession massiv. Die Schuldenquote dürfte bis Ende 2010 auf rund 80 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigen. Einen erheblichen Anteil daran tragen einmalige Haushaltsbelastungen, die im Rahmen der beiden Konjunkturpakete in Kauf genommen wurden. Hierzu gehören direkt nachfragewirksame Paketbestandteile wie die sogenannte Umweltpremie (fünf Milliarden Euro) und die zusätzlichen staatlichen Investitionsmittel (14 Milliarden Euro). Belastend wirken ferner die eingegangenen Verpflichtungen zur Stützung einzelner Unternehmen sowie die Gefahr, dass sich der Staat zu weiteren Rettungsmaßnahmen genötigt sieht. Die automatischen Stabilisatoren tragen erheblich zum rasanten Defizitaufbau bei.

Die Nachfragestimulierung durch Konjunkturpakete, die Stützungsmaßnahmen sowie automatische Stabilisatoren stellen lediglich einmalige Ausgaben dar. Bereits seit dem vergangenen Jahr wurden jedoch auch Ausgabenerhöhungen und Einnahmensenkungen umgesetzt, die dauerhaft die konjunkturneutrale Finanzierung der öffentlichen Hand gefährden und eine langfristige Deckungslücke von zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufreißen; dies entspricht rund 50 bis 75 Milliarden Euro jährlich.⁵ So wurden die Renten außerplanmäßig erhöht, und auch für das kommende Jahr wurde eine gesetzliche Rentengarantie verabschiedet, die ein Absinken der Renten entgegen der Nachhaltigkeitsidee der Rentenanpassungsformel verhindert. Zudem wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere verlängert, das Kindergeld erhöht und die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und die zur gesetzlichen Krankenversicherung wurden auf ein Niveau gesenkt, das selbst unter optimistischen Wachstumsaussichten keine ausreichende Finanzierung der sozialen Sicherungs-

systeme ohne Steuerzuschüsse ermöglicht.⁶ Des Weiteren wurden im Rahmen der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen effektive Steuersenkungen durch die Anhebung des Grundfreibetrags sowie die Senkung des Eingangssteuersatzes umgesetzt, die im laufenden Jahr in Kraft treten und die öffentlichen Haushalte dauerhaften Mindereinnahmen aussetzen. Alles in allem dürften die öffentlichen Haushalte durch die genannten Maßnahmen dauerhaft mit rund 50 Milliarden Euro pro Jahr belastet werden.

Sobald die konjunkturelle Krise ausgestanden ist, besteht also erheblicher Konsolidierungsbedarf. Dies gilt umso mehr, weil das strukturelle Defizit ab 2016 auf das mit der neuen Schuldenregel kompatible Niveau von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt werden muss.

Erforderlich sind Umstrukturierungen der öffentlichen Finanzen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Spielräume für eine Politik, bei der die Abgabenlast per Saldo reduziert wird, sind nicht gegeben. Zwar können Steuersenkungen Wachstumseffekte nach sich ziehen und damit zu Steuermehreinnahmen führen, allerdings sind diese Selbstfinanzierungseffekte nicht allzu hoch. Simulationen mit verschiedenen Modellen deuten auf Selbstfinanzierungsquoten von rund einem Drittel hin. Bei einer Entlastung um zehn Milliarden Euro, erhöht sich das Defizit demnach dauerhaft um sieben Milliarden Euro.

Nettosteuersenkungen sind in der gegebenen Situation also nicht möglich – im Gegenteil: Durch die weitere Erhöhung der strukturellen Defizite entsteht langfristig ein zusätzlicher Konsolidierungsbedarf. Dazu kommt auf der Einnahmenseite eine Erhöhung der indirekten Steuern in Betracht. Im Vergleich zu direkten Steuern wirken indirekte Steuern, also vor allem die Mehrwertsteuer, die Energiesteuer oder auch die Grundsteuer, insgesamt neutraler und weniger belastend auf die wirtschaftliche Entwicklung. Bei der Mehrwertsteuer könnte über eine weitere Anhebung des Regelsatzes und eine Vereinfachung der Systematik nachgedacht werden. Auch bei der Besteuerung von Energie und Grundbesitz bestehen erhebliche Einnahmepotentiale.⁷ Der

⁵ Vgl. Bach, S., Steiner, V.: Triste Aussichten nach der Wahl: Haushaltskonsolidierung erfordert Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 37/2009.

⁶ Das DIW Berlin hatte hiervoor bereits frühzeitig gewarnt, vgl. Arbeitskreis Konjunktur: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 30/2007.

⁷ Vgl. Bach, S.: Vermögensbesteuerung in Deutschland: Eine Ausweitung trifft nicht nur Reiche. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 30/2009.

Nachteil einer Erhöhung der indirekten Steuern ist, dass sie den privaten Konsum belasten. Verteilungspolitisch ist zudem zu beachten, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen aufgrund ihrer höheren Konsumquote stärker betroffen wären als hohe Einkommensschichten.

Eine Alternative zu Steuererhöhungen stellt eine stärkere Gebühren- und Beitragsfinanzierung bislang steuerlich finanzierter Leistungen dar. Dies umfasst unter anderem den Ausbau von Mautsystemen im Verkehrssektor, stärkere Eigenbeteiligungen bei Gesundheitsleistungen und Studiengebühren.

Sofern ein solcher Umbau nicht gelingt, droht die Gefahr, dass die nunmehr im Grundgesetz veran-

kerte Schuldenbremse de facto als Hemmschuh für öffentliche Investitionen wirkt. Neben dem Finanzierungseffekt bietet eine stärkere Gebühren- und Beitragsfinanzierung Wettbewerbselemente, die Effizienzgewinne möglich machen.

Angesichts der vergleichsweise hohen Staatsquote sollte eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zuerst auf der Ausgabenseite erfolgen. Im Bereich der Sozialausgaben sind insbesondere eine sofortige Rücknahme der Rentengarantie sowie der vorgezogenen Rentenerhöhungen angezeigt. Das Rentenniveau sollte sich künftig wieder strikt gemäß der Rentenformel entwickeln. Und es ist besser, mehr für das Bildungssystem einzusetzen als Familien mit Kindern mit höheren Sozialtransfers auszustatten.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook,
Business cycle forecast,
Consumption,
Foreign trade,
Labour market

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2010

	2007	2008	2009	2010	2008		2009		2010	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,7	1,4	-0,3	-1,6	1,6	1,2	0,2	-0,7	-1,5	-1,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,7	-1,2	-2,5	0,8	-0,6	-1,8	-2,0	-3,0	0,2	1,5
Arbeitstage	-0,6	1,1	0,0	0,5	0,8	1,4	-1,9	1,8	0,8	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,8	1,3	-2,8	-0,3	1,8	0,8	-3,7	-1,9	-0,5	0,0
Produktivität¹	0,7	0,0	-2,3	1,5	0,9	-0,9	-3,1	-1,5	2,1	1,0
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-5,1	1,3	2,7	-0,2	-6,8	-3,4	1,6	1,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 811,0	1 861,5	1 894,4	1 934,0	907,7	953,8	918,7	975,7	940,0	994,0
Private Haushalte²	1 375,4	1 409,7	1 422,7	1 449,5	690,0	719,7	690,5	732,2	703,6	745,9
Staat	435,6	451,8	471,8	484,5	217,8	234,0	228,2	243,5	236,3	248,1
Anlageinvestitionen	455,5	474,7	430,1	442,3	229,2	245,5	203,5	226,6	209,7	232,6
Ausrüstungen	196,5	201,8	154,6	153,9	97,9	103,9	75,5	79,2	72,9	80,9
Bauten	231,5	245,0	248,3	261,5	118,0	127,0	115,0	133,3	123,7	137,8
Sonstige Anlageinvestitionen	27,5	27,9	27,2	26,9	13,3	14,6	13,1	14,1	13,0	13,9
Vorratsveränderung³	-10,0	3,9	-10,9	-6,4	3,2	0,8	0,7	-11,6	0,1	-6,6
Inländische Verwendung	2 256,5	2 340,1	2 313,6	2 369,8	1 140,1	1 200,0	1 122,9	1 190,7	1 149,8	1 220,0
Außenbeitrag	171,7	155,7	81,2	71,5	95,2	60,5	45,4	35,8	41,3	30,1
Exporte	1 139,5	1 179,4	970,5	1 010,7	599,1	580,3	472,6	498,0	492,3	518,4
Importe	967,8	1 023,7	889,3	939,2	503,8	519,8	427,2	462,1	450,9	488,3
Bruttoinlandsprodukt	2 428,2	2 495,8	2 394,8	2 441,3	1 235,3	1 260,5	1 168,3	1 226,5	1 191,1	1 250,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,6	2,8	1,8	2,1	3,3	2,3	1,2	2,3	2,3	1,9
Private Haushalte²	1,4	2,5	0,9	1,9	3,2	1,9	0,1	1,7	1,9	1,9
Staat	2,2	3,7	4,4	2,7	3,7	3,7	4,8	4,1	3,6	1,9
Anlageinvestitionen	7,7	4,2	-9,4	2,8	5,8	2,8	-11,2	-7,7	3,0	2,7
Ausrüstungen	10,2	2,7	-23,4	-0,5	5,1	0,5	-22,9	-23,8	-3,4	2,2
Bauten	6,3	5,8	1,3	5,3	6,8	5,0	-2,6	4,9	7,6	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,4	1,6	-2,5	-1,1	2,1	1,1	-1,9	-3,1	-0,5	-1,6
Inländische Verwendung	2,9	3,7	-1,1	2,4	3,7	3,7	-1,5	-0,8	2,4	2,5
Exporte	8,0	3,5	-17,7	4,1	7,3	-0,2	-21,1	-14,2	4,2	4,1
Importe	4,9	5,8	-13,1	5,6	7,0	4,6	-15,2	-11,1	5,6	5,7
Bruttoinlandsprodukt	4,4	2,8	-4,0	1,9	4,1	1,5	-5,4	-2,7	2,0	1,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 656,1	1 669,0	1 690,3	1 709,6	819,9	849,1	826,1	864,4	837,8	872,0
Private Haushalte²	1 245,2	1 249,9	1 260,3	1 273,1	613,9	635,9	615,2	645,1	622,1	651,0
Staat	410,9	419,3	430,4	436,9	206,1	213,2	211,0	219,4	215,9	221,0
Anlageinvestitionen	454,7	468,7	426,3	439,8	226,3	242,4	201,4	224,0	207,3	230,8
Ausrüstungen	217,6	224,8	174,8	176,7	108,2	116,6	84,6	90,2	82,9	93,7
Bauten	208,4	213,8	214,1	223,2	103,9	109,9	99,6	114,5	106,1	117,1
Sonstige Anlageinvestitionen	32,5	34,3	36,3	38,1	16,0	18,2	17,1	19,1	18,1	20,0
Inländische Verwendung	2 078,7	2 114,6	2 082,9	2 112,8	1 039,3	1 075,3	1 020,4	1 062,7	1 036,1	1 078,0
Exporte	1 129,1	1 161,5	985,9	1 026,2	590,2	571,3	478,8	506,2	499,8	525,5
Importe	961,1	1 002,1	916,9	960,3	490,6	511,5	442,0	474,5	461,2	499,2
Bruttoinlandsprodukt	2 245,8	2 274,0	2 158,9	2 186,7	1 137,5	1 136,5	1 060,5	1 098,4	1 077,6	1 109,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,1	0,8	1,3	1,1	1,1	0,5	0,8	1,8	1,4	0,9
Private Haushalte²	-0,3	0,4	0,8	1,0	0,8	-0,1	0,2	1,4	1,1	0,9
Staat	1,7	2,0	2,7	1,5	1,8	2,3	2,4	2,9	2,3	0,7
Anlageinvestitionen	5,0	3,1	-9,0	3,2	4,8	1,5	-11,0	-7,6	2,9	3,0
Ausrüstungen	11,0	3,3	-22,2	1,1	5,9	1,0	-21,8	-22,6	-1,9	3,9
Bauten	0,0	2,6	0,1	4,3	3,8	1,5	-4,1	4,2	6,5	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	6,5	5,3	5,8	5,2	5,5	5,2	6,8	5,0	5,5	4,9
Inländische Verwendung	1,0	1,7	-1,5	1,4	1,7	1,8	-1,8	-1,2	1,5	1,4
Exporte	7,5	2,9	-15,1	4,1	6,8	-0,9	-18,9	-11,4	4,4	3,8
Importe	4,8	4,3	-8,5	4,7	5,1	3,5	-9,9	-7,2	4,3	5,2
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-5,1	1,3	2,7	-0,2	-6,8	-3,4	1,6	1,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2010

	2007	2008	2009	2010	2008		2009		2010	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,8	2,1	0,1	0,9	2,3	1,9	-0,1	0,3	0,8	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,5	1,6	1,7	1,2	1,9	1,4	2,3	1,1	1,2	1,1
Anlageinvestitionen	2,6	1,1	-0,4	-0,3	0,9	1,3	-0,2	-0,2	0,1	-0,4
Ausrüstungen	-0,7	-0,6	-1,4	-1,6	-0,8	-0,5	-1,3	-1,5	-1,5	-1,6
Bauten	6,3	3,1	1,2	1,0	2,9	3,4	1,6	0,8	1,0	1,0
Exporte	0,5	0,6	-3,1	0,1	0,5	0,7	-2,8	-3,2	-0,2	0,3
Importe	0,1	1,4	-5,1	0,8	1,9	1,1	-5,9	-4,2	1,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	1,1	0,6	1,4	1,7	1,4	0,7	0,3	0,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 761,8	1 830,6	1 807,8	1 813,2	902,3	928,3	897,3	910,6	894,1	919,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,0	229,2	229,9	231,1	110,5	118,7	113,2	116,7	113,8	117,2
Bruttolöhne und -gehälter	957,8	995,8	988,1	993,2	471,9	523,9	471,7	516,6	474,2	519,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	581,0	605,5	589,8	589,0	319,8	285,7	312,4	277,4	306,0	283,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	356,3	338,9	255,5	296,8	159,0	179,9	97,2	158,1	123,3	173,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 118,1	2 169,4	2 063,3	2 110,0	1 061,3	1 108,2	994,5	1 068,8	1 017,3	1 092,7
Abschreibungen	359,6	367,6	367,5	369,4	185,3	182,3	185,7	181,7	186,3	183,1
Bruttonationaleinkommen	2 477,7	2 537,0	2 430,8	2 479,4	1 246,6	1 290,4	1 180,3	1 250,5	1 203,6	1 275,8
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1 840,3	1 886,0	1 785,4	1 830,1	919,6	966,5	856,0	929,4	877,9	952,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	659,4	661,0	567,3	605,9	337,1	323,8	271,1	296,1	289,8	315,5
Arbeitnehmerentgelt	1 180,9	1 225,1	1 218,0	1 224,3	582,4	642,6	584,9	633,3	588,1	636,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	3,9	-1,2	0,3	4,7	3,2	-0,5	-1,9	-0,4	1,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	0,1	2,8	0,3	0,5	2,4	3,1	2,4	-1,7	0,6	0,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,4	4,0	-0,8	0,5	4,0	3,9	0,0	-1,4	0,5	0,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,6	4,2	-2,6	-0,1	6,4	1,9	-2,3	-2,9	-2,1	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,9	-4,9	-24,6	16,2	0,7	-9,3	-38,9	-12,1	26,8	9,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,3	2,4	-4,9	2,3	4,0	0,9	-6,3	-3,6	2,3	2,2
Abschreibungen	4,7	2,2	0,0	0,5	2,1	2,3	0,2	-0,3	0,3	0,7
Bruttonationaleinkommen	4,4	2,4	-4,2	2,0	3,8	1,1	-5,3	-3,1	2,0	2,0
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,5	2,5	-5,3	2,5	4,4	0,8	-6,9	-3,8	2,6	2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,8	0,2	-14,2	6,8	5,6	-4,8	-19,6	-8,6	6,9	6,6
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,7	-0,6	0,5	3,7	3,8	0,4	-1,5	0,5	0,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	995,9	1 017,1	1 037,2	1 055,8	489,6	527,5	496,5	538,6	511,6	544,7
Nettolöhne- und -gehälter	623,0	642,7	636,0	649,2	301,8	341,0	298,3	337,8	306,8	343,0
Monetäre Sozialleistungen	449,6	452,7	487,5	494,7	226,7	226,0	243,6	243,9	248,9	245,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	76,7	78,3	86,3	88,2	38,8	39,5	45,5	43,1	44,0	44,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	581,0	605,5	589,8	589,0	319,8	285,7	312,4	277,4	306,0	283,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-59,7	-64,5	-53,9	-43,7	-33,5	-31,1	-33,0	-21,0	-26,0	-17,7
Verfügbares Einkommen	1 517,1	1 558,1	1 573,0	1 601,0	776,0	782,1	775,9	795,0	791,7	809,9
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	24,0	30,1	32,7	34,1	14,5	15,7	15,7	16,7	16,5	17,5
Konsumausgaben	1 375,4	1 409,7	1 422,7	1 449,5	690,0	719,7	690,5	732,2	703,6	745,9
Sparen	165,7	178,5	183,1	185,6	100,5	78,0	101,1	79,6	104,6	81,6
Sparquote in Prozent ⁷	10,8	11,2	11,4	11,4	12,7	9,8	12,8	9,8	12,9	9,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	1,3	2,1	2,0	1,8	2,1	2,2	1,4	2,1	3,1	1,1
Nettolöhne- und -gehälter	3,0	3,2	-1,0	2,1	3,2	3,1	-1,1	-0,9	2,8	1,5
Monetäre Sozialleistungen	-1,8	0,7	7,7	1,5	0,2	1,2	7,5	7,9	2,2	0,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-3,8	2,0	10,2	2,2	-0,2	4,3	17,1	9,1	-3,1	2,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,6	4,2	-2,6	-0,1	6,4	1,9	-2,3	-2,9	-2,1	2,0
Verfügbares Einkommen	1,6	2,7	1,0	1,8	3,4	2,0	0,0	1,6	2,0	1,9
Konsumausgaben	1,4	2,5	0,9	1,9	3,2	1,9	0,1	1,7	1,9	1,9
Sparen	3,6	7,7	2,6	1,4	7,7	7,7	0,7	2,0	3,4	2,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 bis 2010

	2007	2008	2009	2010	2008		2009		2010	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	576,3	592,6	560,5	535,5	298,1	294,5	286,9	273,6	265,9	269,6
Sozialbeiträge	399,8	408,1	414,5	418,3	197,0	211,0	203,8	210,8	205,6	212,7
Vermögenseinkommen	18,2	18,3	18,3	17,0	11,9	6,4	12,4	5,9	10,5	6,5
Sonstige Transfers	14,0	14,8	13,2	13,4	7,2	7,6	6,3	6,9	6,5	6,9
Vermögenstransfers	9,7	10,1	8,0	9,3	5,4	4,7	3,9	4,2	4,3	5,0
Verkäufe	46,9	47,6	47,8	48,4	22,7	24,8	22,9	24,9	23,2	25,2
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1 065,3	1 091,8	1 062,9	1 042,3	542,5	549,3	536,4	526,5	516,3	526,0
Ausgaben										
Vorleistungen	101,2	106,6	113,9	119,3	49,0	57,6	52,6	61,3	55,4	63,9
Arbeitnehmerentgelte	168,4	172,1	177,4	179,3	82,3	89,8	84,8	92,6	85,7	93,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,3	67,1	64,6	69,6	34,0	33,1	32,1	32,6	34,2	35,4
Subventionen	27,6	28,0	29,8	29,3	13,5	14,5	15,0	14,8	14,7	14,6
Monetäre Sozialleistungen	418,6	421,6	440,7	447,1	211,2	210,4	220,5	220,2	225,1	222,0
Soziale Sachleistungen	178,2	185,8	196,3	206,4	91,6	94,1	96,2	100,1	101,9	104,5
Sonstige laufende Transfers	36,5	40,3	37,6	36,7	20,4	19,8	19,4	18,2	18,7	18,0
Vermögenstransfers	29,9	33,2	36,6	26,4	17,5	15,7	17,0	19,6	12,6	13,8
Bruttoinvestitionen	34,3	37,4	42,6	49,0	16,3	21,2	16,7	25,9	22,5	26,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 060,7	1 090,8	1 138,1	1 161,7	535,2	555,6	553,7	584,4	570,3	591,5
Finanzierungssaldo	4,7	1,0	-75,2	-119,4	7,3	-6,3	-17,3	-57,9	-53,9	-65,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	8,6	2,8	-5,4	-4,5	4,4	1,3	-3,8	-7,1	-7,3	-1,5
Sozialbeiträge	0,0	2,1	1,6	0,9	1,3	2,8	3,4	-0,1	0,9	0,9
Vermögenseinkommen	5,0	0,2	0,5	-7,4	7,9	-11,5	4,5	-7,1	-15,2	9,1
Sonstige Transfers	-1,5	6,3	-10,9	1,4	8,9	4,0	-12,3	-9,6	3,2	-0,3
Vermögenstransfers	5,9	3,6	-20,3	15,6	17,7	-8,9	-28,2	-11,3	11,0	20,0
Verkäufe	5,0	1,5	0,5	1,2	3,0	0,1	0,8	0,3	1,3	1,1
Sonstige Subventionen	-9,3	-5,1	18,9	-9,1	-17,6	4,5	57,1	-4,3	-9,1	-9,1
Insgesamt	4,8	2,5	-2,6	-1,9	3,4	1,6	-1,1	-4,1	-3,7	-0,1
Ausgaben										
Vorleistungen	3,1	5,3	6,8	4,7	5,3	5,3	7,3	6,4	5,4	4,2
Arbeitnehmerentgelte	0,3	2,2	3,0	1,1	2,3	2,1	3,0	3,1	1,1	1,1
Vermögenseinkommen	2,7	-0,3	-3,6	7,7	1,3	-2,0	-5,8	-1,4	6,7	8,7
Subventionen	-0,2	1,4	6,4	-1,8	4,7	-1,5	11,2	1,9	-2,3	-1,4
Monetäre Sozialleistungen	-1,9	0,7	4,5	1,4	0,2	1,2	4,4	4,6	2,1	0,8
Soziale Sachleistungen	3,8	4,2	5,7	5,2	4,7	3,8	5,0	6,3	5,9	4,5
Sonstige laufende Transfers	3,2	10,4	-6,6	-2,4	13,2	7,7	-4,8	-8,5	-3,6	-1,1
Vermögenstransfers	-1,6	11,0	10,2	-27,9	11,6	10,3	-2,9	24,6	-26,1	-29,4
Bruttoinvestitionen	6,0	9,1	13,8	15,0	8,2	9,8	2,4	22,6	35,2	2,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-3,5	-2,2	0,0	14,8	-17,1	-20,0	16,2	0,0	0,0
Insgesamt	0,6	2,8	4,3	2,1	3,0	2,7	3,5	5,2	3,0	1,2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

Nadja Dwenger

**Corporate Taxation and Investment:
Explaining Investment Dynamics with Firm-Level Panel Data**

Using a firm-level panel data set I assess whether dynamic models of investment provide an empirically fruitful framework for analyzing tax effects on changes in capital stock. In particular I estimate a one-step error correction model (ECM) complementing the usual estimation of a distributed lag model. A correction term accounts for non-random sample attrition, which has not been considered in previous studies on investment even though most (if not all) panel data sets on firms are incomplete. Both, ECM and distributed lag model, suggest that user cost of capital and output have an economically and statistically significant influence on capital formation. In the ECM, however, estimates are larger in size and match theoretical predictions more closely. My preferred estimate of -1.3 implies that a decrease in the user cost of capital by 10 percent will increase the firm's capital stock by 13 percent, on average. Taking my elasticity estimate to the Corporate Tax Reform 2008 I would expect that the reform only slightly increases capital stock, since the rather strong reduction in corporate income tax rate was partly compensated for by stricter depreciation allowances. Investment dynamics appear to be crucial for the coefficients of cash flow variables in investment equations. While cash flow effects are present in the (first-differenced) distributed lag model, they vanish in the ECM. This leads me to conclude that well documented cash flow effects point at dynamic misspecification in previous studies.

Discussion Paper Nr. 924

Oktober 2009

Tilman Brück, Heiko Peters

**20 Years of German Unification.
Evidence on Income Convergence and Heterogeneity**

We analyse the convergence and heterogeneity of living standards between East and West Germany since unification. Based on data from the German Socio-Economic Panel (GSOEP), we compare total individual income of permanent adult residents, including retirees and the unemployed, of East and West Germany over the fifteen years for which data are available. Using a fixed effects vector decomposition method, we estimate the gross total income difference between East and West Germans taking unobserved heterogeneity into account. Our analysis demonstrates that the negative income gap has decreased from 33 per cent in 1992 to 22 per cent in 2002, rising again to 26 per cent in 2007. Hence some convergence took place in nominal terms since unification. Constructing income gaps by decennial cohorts, we discover that the most recent cohorts have the highest negative income gap. This probably reflects out-migration from East Germany by the young and highly skilled. On the basis of quantile regressions we find a positive income gap at the beginning of the 1990s for the lower income deciles (that is higher incomes in East Germany). This was due to retirees in the East with relative long employment histories receiving transfer payments by western standards. The income gap is insignificant when accounting for heterogeneity at the area level by including area level variables to our regression.

Discussion Paper Nr. 925

Oktober 2009

Olaf J. de Groot, Idil Göksel

The Influence of Conflict on the Demand for Education in the Basque Region

It has previously been shown that civil conflict influences many economic factors, including education, which play an important role in development and economic growth. Previous authors working on the influence of conflict on education have, however, always focused strongly on the supply-side effects, whereas this paper examines the influence of conflict on the demand for education. It is theoretically shown that, under relatively general conditions, individuals living in a conflict area have an incentive to increase their level of education and that this effect depends on the individual's skill level. This hypothesis is then tested using the conflict in the Basque Region as a case study, which is an example of a conflict in which one would not expect strong supply-side effects. Using the other Spanish regions, an artificial region is created in which the population has a similar educational distribution as in the Basque Region. When comparing the true and artificial regions, it can clearly be seen that for individuals with a medium level of education, there is a strong incentive to increase their education level, which is in concordance with the theoretical model.

Discussion Paper Nr. 927

Oktober 2009

Oleg Badunenko, Nataliya Barasinska, Dorothea Schäfer

Risk Attitudes and Investment Decisions across European Countries: Are Women More Conservative Investors than Men?

This study questions the popular stereotype that women are more risk averse than men in their financial investment decisions. The analysis is based on micro-level data from large-scale surveys of private households in five European countries. In our analysis of investment decisions, we directly account for individuals' self-perceived willingness to take financial risks. The empirical evidence we provide only weakly supports the gender differences argument. We find that women are less likely to invest in risky financial assets. However, when the probability of investing is controlled for, males and females are found to allocate equal shares of their wealth to risky assets.

Discussion Paper Nr. 928

Oktober 2009

Michał Myck, Richard Ochmann, Salmai Qari

Dynamics of Earnings and Hourly Wages in Germany

There is by now a lot of evidence showing a sharp increase in cross-sectional wage and earnings inequality during the 2000s in Germany. Our study is the first to decompose this cross-sectional variance into its permanent and transitory parts for years beyond 2000. Using data from the German Socio-Economic Panel on fulltime working individuals for years of 1994 to 2006, we do not find unambiguous empirical support for the frequent claims that recent increases in inequality have been driven mainly by permanent disparities. From 1994 on, permanent inequality increases continuously, peaks in 2001 but then declines in subsequent years. Interestingly the decline in the permanent fraction of inequality occurs at the time of most rapid increases in cross-sectional inequality. It seems therefore that it is primarily the temporary and not the permanent component which has driven the strong expansion of cross-sectional inequality during the 2000s in Germany.

Discussion Paper Nr. 929

Oktober 2009

DIW Berlin, IZA Bonn, OECD Berlin Centre, CEPR London,
The Anglo-German Foundation Berlin/London
are pleased to invite you to the next
Berlin Lunchtime Meeting

Prof. Bronwyn H. Hall, Ph.D.

University of California, Berkeley; University of Maastricht, Netherlands;
Professorial Research Fellow, UNU-MERIT

Financing, R&D and Innovation in a Post-Crisis World

Chair:

Prof. Dr. Christian von Hirschhausen

TU Berlin, DIW Berlin

Tuesday, 20 October 2009, 12 to 2 pm

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin

Schumpeter Saal, 1. OG

The issue of innovation financing is an issue of major debate, in particular with respect to the recent economic and financial crisis. Based on her extensive research and practical experience as a policy advisor, Prof. Hall will provide an overview of the financing of innovation. Are new and/or innovative firms fundamentally different from established firms and if so to what extent? Do they therefore require a different form of financing innovation? What should governments do to bring the cost of financing innovation more in line with the desired level of R&D spending? What are the leftovers of the "crisis"? Will there be any?

Bronwyn H. Hall is Professor in the Graduate School at the University of California at Berkeley and a Research Associate of the National Bureau of Economic Research and the Institute for Fiscal Studies, London. She is also the founder and partner of TSP International, an econometric software firm. Professor Hall currently serves as an associate editor of the *Economics of Innovation and New Technology* and the *Journal of Economic Behavior and Organization* and as advisory editor of *Research Policy*. She is a member of the U.S. Federal Economic Statistics Advisory Committee, the Research Advisory Council of the Deutsche Bundesbank, and the International Advisory Board, New Economics School, Moscow. She received a B.A. in physics from Wellesley College in 1966 and a Ph.D. in economics from Stanford University in 1988.

Christian von Hirschhausen is Professor of Economics at Technische Universität Berlin, Research Professor at DIW Berlin (German Institute for Economic Research).

Registration is required. Please send an email to:

events@diw.de. We look forward to your participation.

Google-Arbeitsmarkt-Indikator Oktober 2009

Leichte Anspannung im Oktober

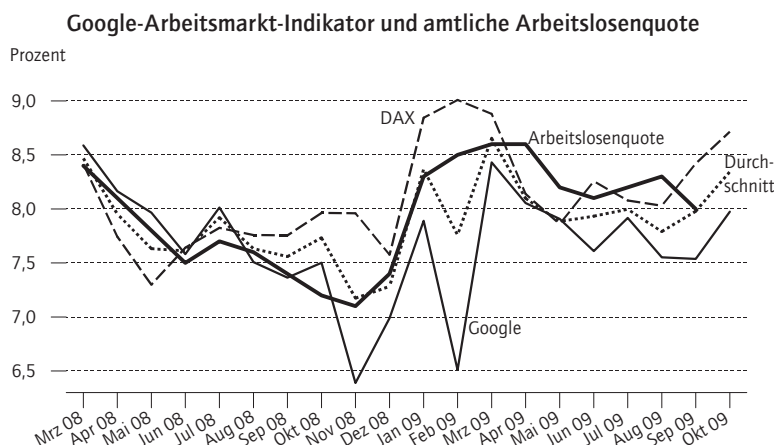
Der deutsche Arbeitsmarkt bleibt weiterhin in hohem Maße krisenresistent. Auch im September gab es, wie vom Google-Arbeitsmarkt-Indikator zuletzt vorhergesagt, keine Krisenanzeichen. Tatsächlich ist die amtliche Arbeitslosenquote im September nicht etwa leicht gestiegen, sondern sogar gefallen, was die vom Indikator seit mehreren Monaten angezeigte Entspannung in der Tendenz bestätigt. Die im September aufgetretene Unterschätzung der Entspannung durch den Indikator ist sicherlich auch eine Folge von Veränderungen bei der Erfassung der amtlichen Statistik, die mit mathematischen Rechenverfahren schwer einzufangen sind.

Das Prognosemodell widerspricht somit unverändert anderen, lange geäußerten Einschätzungen, denen zufolge ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit bevorstehe. Der Arbeitsmarkt trotz weiter in besonderer Weise den Folgen der Wirtschaftskrise. Dies ist ein Ergebnis der Ausweitung der Kurzarbeit und der Arbeitsmarktreformen der jüngeren Vergangenheit. Übliche Kündigungsfristen von drei Monaten, längerfristige Jobgarantien in zahlreichen Unternehmen und die vielerorts geschlossenen Beschäftigungspakte lassen weiter erwarten, dass es bis zum Jahresende allenfalls zu einem moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland kommen wird. Mit einem deutlicheren Anstieg muss erst zu Beginn des neuen Jahres gerechnet werden.

Der Google-Indikator sagt, ausgehend von den Google-Aktivitätsdaten aus dem Monat September, für den laufenden Monat Oktober einen Anstieg der Arbeitslosigkeit voraus. Gleiches gilt für ein anderes Prognosemodell, das nur auf dem DAX beruht. Auch wenn danach die Arbeitslosigkeit anziehen dürfte, ist daraus noch keine krisenartige Verschärfung abzuleiten.

Der Google-Arbeitsmarkt-Indikator verwendet Google-Daten über die Internetsuchaktivität zu arbeitsmarktrelevanten Suchbegriffen und speist diese in ein ökonometrisches Modell ein. Vorrangiges Ziel der Arbeiten an diesem neuen Indikator ist es, der Politik ein Instrument an die Hand zu geben, das als Frühwarnsystem schneller als andere Indikatoren zuverlässigen Aufschluss über Trends der Arbeitsmarktentwicklung gibt.¹ In Studien hat sich gezeigt, dass der DAX die Arbeitsmarktentwicklung besser prognostiziert als andere Arbeitsmarktindikatoren wie das Ifo-Beschäftigungsbarometer. Die Grafik enthält ferner den mittleren Wert beider Prognosereihen. Mittelwerte aus verschiedenen alternativen Prognoseverfahren werden in der Wissenschaft verwendet, um noch sichere Vorhersagen zu erstellen.

¹ Zur Methodik vgl. Askitas, N., Zimmermann, K. F.: Sommerpause bei der Arbeitslosigkeit: Google-gestützte Prognose signalisiert Entspannung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 33/2009.



© DIW Berlin 2009

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Schlüssler 2008

Der Fall China: Hat exportieren Zukunft?

von Klaus F. Zimmermann*

In Peking wurde pünktlich zum Monatsbeginn der 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China mit großen Feierlichkeiten gewürdigt. Wenige Tage zuvor war ich von einer mehrwöchigen Reise durch die Wirtschafts- und Forschungszentren Chinas zurückgekehrt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat tatsächlich Beeindruckendes geboten: Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts waren und sind enorm. Das Wachstum gründet auch auf Chinas enormen Exporterfolgen. Während 1980 rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Exporten basierten, stieg dieser Anteil schon bis 2006 auf mehr als zwei Drittel. In Deutschland lag dieser Anteil zuletzt unter 50 Prozent. Dieses Jahr schrumpft der deutsche und der chinesische Außenhandel wohl jeweils um knapp 20 Prozent.

China wird dieses Jahr von Deutschland sogar den Titel des Güterexportweltmeisters übernehmen. Auch drängt sich der Eindruck auf, dass das Land die große Wirtschaftskrise gut weggesteckt hat. Betroffen waren wie in Deutschland insbesondere die exportorientierten Regionen, aber anders als bei uns auch die dort tätigen Wanderarbeiter. Von ihnen waren 20 Millionen arbeitslos geworden, haben aber jetzt wieder neue Beschäftigungen gefunden.

In vier bedeutenden internationalen Reden hatte der chinesische Präsident Hu Jintao zuvor in Amerika nachdrücklich klar gemacht, dass das Land seine globalen Verantwortungen in den Bereichen Klimaschutz, Entwicklung, Abrüstung und Wirtschaft ernst nimmt. Die Entscheidung in Pittsburgh, die G20 zu einer Art loser ökonomischer Weltregierung zu machen, bedeutet eine globale Machtverschiebung letztlich weg von Europa nach China.

Die Chinesen sehen dabei die G20-Diskussion über den Abbau der internationalen Handelsbilanzüberschüsse gelassen. Erstens beruhen sie stark auf der geringen Sparquote der Amerikaner. Zweitens ist der Handelsüberschuß erst seit 2005 virulent, also nicht die Ursache des chinesischen Erfolgsmodells. Drittens beruht dieser Überschuss auf der Tätigkeit ausländischer Firmen mit geringer chinesischer Wertschöpfung. Viertens bietet der Binnenkonsum trotz aller traditioneller Sparsamkeit enorme Potentiale, so etwa beim internen Tourismus. Exportüberschüsse sichern fünftens die Möglichkeit, sich jederzeit fehlende Rohstoffe am Weltmarkt zu besorgen. Und sechstens ist es wegen der internen demographischen Ungleichgewichte für die Chinesen vorteilhaft, jetzt Ersparnisse über Exportüberschüsse ins Ausland zu transferieren, um sie in den kommenden Jahrzehnten von Nationen mit jüngeren Bevölkerungen zurückzuholen.

In den nächsten Jahren Zurückhaltung bei der Exportaktivität Chinas zu erwarten, wäre also eine Illusion, da sie den nationalen Interessen des Landes widerspricht.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des DIW Berlin und Honorarprofessor der Renmin Universität in Peking.